

Herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Peter Fischer-Bollin (Hrsg.)

**Parteienzusammenarbeit der KAS
in Mittel-, Ost- und Südosteuropa**

Berlin, Oktober 2006

Redaktionelle Bearbeitung: Lisa Eichhorn

Redaktionsschluss: 20. September 2006

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Inhalt

Einführung	9
1. Bosnien-Herzegowina	12
1.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	12
1.2. Zusammenarbeit mit der KAS	15
2. Bulgarien	16
2.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	16
2.2. Zusammenarbeit mit der KAS	17
3. Estland	19
3.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	19
3.2. Zusammenarbeit mit der KAS	20
4. Kroatien	22
4.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	22
4.2. Zusammenarbeit mit der KAS	24
5. Lettland	26
5.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	26
5.2. Zusammenarbeit mit der KAS	27

6.	Litauen	29
6.1.	Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	29
6.2.	Zusammenarbeit mit der KAS	30
7.	Mazedonien	32
7.1.	Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	32
7.2.	Zusammenarbeit mit der KAS	34
8.	Polen	36
8.1.	Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	36
8.2.	Zusammenarbeit mit der KAS	39
9.	Rumänien	41
9.1.	Partnerpartei(en)/ Positionen zur EVP und EU-Verfassung	41
9.2.	Zusammenarbeit mit der KAS	44
10.	Russland	46
10.1.	Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	46
10.2.	Zusammenarbeit mit der KAS	48
11.	Serbien	51
11.1.	Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	51
11.2.	Zusammenarbeit mit der KAS	53

12. Slowakei	56
12.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	56
12.2. Zusammenarbeit mit der KAS	57
13. Slowenien	59
13.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	59
13.2. Zusammenarbeit mit der KAS	61
14. Tschechische Republik	62
14.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	62
14.2. Zusammenarbeit mit der KAS	64
15. Ukraine	66
15.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	66
15.2. Zusammenarbeit mit der KAS	68
16. Ungarn	70
16.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung	70
16.2. Zusammenarbeit mit der KAS	71
Anhang	73
Weiterführende Literatur	78
Herausgeber und Bearbeiter	79

Einführung

Seit der Eröffnung der ersten Außenstelle in Polen 1989 begleitet die Konrad-Adenauer-Stiftung die Demokratisierungsprozesse in Mittel-, Ost- und Südosteuropa vor Ort. Mittlerweile ist ein dichtes Netzwerk mit insgesamt 14 Länderbüros in verschiedenen Hauptstädten entstanden. Die Außenstellen pflegen intensive Kontakte zu Partnerorganisationen, politischen und gesellschaftlichen Akteuren und Nichtregierungsorganisationen.

Ein wichtiges Arbeitsfeld der Außenstellen ist die Parteienförderung, da die Parteienlandschaft der jungen Demokratien immer noch dynamischen Entwicklungsprozessen unterliegt. Folgende Erscheinungen mittelost- und südosteuropäischer Parteiensysteme prägen den Arbeitsalltag der Außenstellen.

Auf Grund des Jahrzehnte herrschenden kommunistischen Einparteiensystems können die meisten Parteien nicht auf eine historische Tradition zurückgreifen.

Die Parteien verfügen nur über eine geringe Verwurzelung in der Gesellschaft.

Die Parteien haben eine schwachen Organisationsstruktur, geringe Mitgliederzahlen und große regionale Lücken innerhalb ihrer Aktionsradien. Die Programmatik ist oft ausbaufähig.

Es treten immer stärker populistische Parteien erfolgreich bei Wahlen an und bedrängen die Parteien der Mitte von rechts wie links.

Im Mittelpunkt der Arbeit der KAS steht daher die Unterstützung der Partnerparteien bei der Verbesserung ihrer Programmatik, Organisations- und Kommunikationsstruktur. Dazu werden Trainingsseminare und Workshops zur politischen Bildungsarbeit, zum Aufbau eines effizienten Parteimanagements, zur Vermitt-

lung moderner Wahlkampfstrategien und zur Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit angeboten.

Demokratie stärkend sind Bildungsmaßnahmen wie Seminare, Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen, die entweder von der Stiftung selbst oder in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Partnern durchgeführt werden. In die Projekte werden hochrangige Vertreter aus Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Kirche eingebunden. Indem ein Forum für den politischen Dialog angeboten wird, wird die sach- und themenorientierte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen gefördert. Eine erfreuliche Entwicklung ist, dass zunehmend Frauen- und Jugendgruppen der Partnerparteien den Kontakt zur KAS suchen. Bei der jungen Generation zeigt sich mehr Vertrauen in die Demokratie und den demokratischen Rechtsstaat. Auch gegenüber der Europäischen Union lässt sich deutlich mehr Offenheit erkennen.

Wie diese Broschüre zeigt, fallen die Positionen der Partnerparteien zu der EU-Verfassung und der Europäische Volkspartei (EVP) differenziert aus. Die Mehrheit der Partnerparteien steht in Kontakt zur EVP als Mitglied, assoziiertes Mitglied oder verfügt über den Beobachterstatus und ist somit in die Familie der christlich-demokratischen, bürgerlichen und konservativen Parteien eingebunden.

Die baltischen Staaten sowie Ungarn, die Slowakei und Slowenien haben den Verfassungsvertrag bereits ratifiziert. Derzeit verbreiten sich in Ostmitteleuropa nach der Beitrittseuphorie zunehmend europaskeptische Stimmen. Indem die Außenstellen innerhalb ihrer Seminare und Workshops europapolitischen Themen behandeln, wird die Europäische Idee in den Parteien diskutiert und kann an Popularität gewinnen.

In den EU-Nachbarstaaten ist der EU-Verfassungsvertrag noch kein Thema in der politischen Diskussion der Gesellschaften und Parteien.

Parteienförderung ist ein zentrales Anliegen der Konrad-Adenauer-Stiftung: Sie stärkt die repräsentative Demokratie in den Nachbarländern Deutschlands und fördert die politische Stabilität. Durch den Schwerpunkt auf dem Ziel der Europäischen Integration und die europäische Vernetzung wird der gesellschaftliche und politische Zusammenhalt in der erweiterten EU gefördert. In der Gesamtheit der Arbeit der deutschen politischen Stiftungen dient dies elementaren deutschen und europäischen Interessen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte mit der überarbeiteten Version der Publikation „Parteienarbeit der KAS in Mittel-, Ost- und Südosteuropa“, die zuletzt 2004 vorgelegt wurde, einen Überblick über eines ihrer wichtigsten Arbeitsfelder der Stiftung geben. Die Broschüre wurde mit Hilfe der Mitarbeiter der Außenstellen aktualisiert und stellt die jeweiligen Partnerparteien und deren Standpunkte zur EVP und EU-Verfassung vor. Gleichzeitig wird ein Einblick in die konkrete Zusammenarbeit der KAS Außenstellen gegeben.

Weiterführende Literatur, Verweise auf die Internetauftritte der Partnerparteien und der EVP befinden sich im Anhang. Für Rückfragen stehen die Zentrale in Berlin und die jeweiligen Auslandsmitarbeiter gerne zur Verfügung.

Nähere Informationen zur politischen Situation enthalten die aktuellen Berichte der KAS Außenstellen, welche auf den Homepages der Außenstellen zur Verfügung stehen.

Berlin, im Oktober 2006

Dr. Peter Fischer-Bollin

1. Bosnien-Herzegowina

1.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- SDA¹ (Beobachterstatus in der EVP)
- PDP² (Beobachterstatus in der EVP)
- HDZ BuH und HDZ 1990³ (Beobachterstatus in der EVP)

Die **SDA** wurde 1990 von Alija Izetbegović gegründet. Seitdem hat sie sich von einer nationalen Bewegung der bosnischen Muslime (Bosniaken) zu einer politischen Partei entwickelt. Ihr gegenwärtiger Parteivorsitzender Sulejman Tihić ist Vorsitzender der Präsidentschaft BuHs. Die SDA hat mehr als 100.000 registrierte Mitglieder und ist damit die mit Abstand stärkste Partei im bosniakischen Wählerspektrum von BuH. Mit Ausnahme des Zeitraums 2000 - 2002 war sie seit ihrer Gründung an der Regierung beteiligt. Seit Dezember 2004 hat die SDA einen Beobachterstatus bei der EVP. Programmatisch sieht sich die SDA sowohl als bosniakische Interessenvertretung als auch als Volkspartei der politischen Mitte. Innerhalb der SDA ist es Tihić in den letzten Jahren gelungen, den gemäßigten Flügel zu stärken. Die Partei versucht weiterhin, ihre Basis multiethnisch auszudehnen. In Regierungskoalition u. a. mit der HDZ BuH und der PDP konzentriert sie sich auf die Erfüllung der Bedingungen zur Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA).

¹ Stranka Demokratske Akcije (**SDA**) – Partei der Demokratischen Aktion

² Partija demokratskog progresa (**PDP**) – Partei des Demokratischen Fortschritts

³ Hrvatska Demokratska Zajednica Bosne i Hercegovine (**HDZ BuH und HDZ**) – Kroatische Demokratische Gemeinschaft Bosnien Herzegowina

Die Verhandlungen wurden am 25. Januar 2006, aufgenommen. Ende 2006 soll das Abkommen unterzeichnet werden.

Die Partei bemüht sich ebenfalls um die Aufnahme in das NATO-Programm Partnership for Peace (PfP) und hofft auf die Aufnahme im November 2006. Mit der Unterstützung der geplanten Verfassungsreform im Sommer 2006 hat sich die SDA zudem von ihrem programmatischen Kern (Abschaffung der Entitäten und Regionalisierung BuHs) gelöst und ihre konstruktive Arbeit für eine Zukunft BuHs unter Beweis gestellt.

Die **PDP** wurde 1999 gegründet und hat ca. 35.000 Mitglieder. Seit den Wahlen 2000 ist sie in wechselnden Koalitionen an der Regierung beteiligt. Vorsitzender der Partei ist der Außenminister BuHs, Prof. Dr. Mladen Ivanić. Ebenso wie die SDA und die HDZ BuH erhielt die PDP, die sich als Volkspartei der politischen Mitte versteht, im Dezember 2004 den EVP-Beobachterstatus. Programmschwerpunkte sind Rechtstaatlichkeit, die Gesetzes- und Verfassungsmäßigkeit der Republika Srpska und BuHs, Annäherung an und Integration in die Strukturen der EU, soziale Marktwirtschaft, Korruptionsbekämpfung und Vertretung der serbischen Interessen. Die PDP ist drittstärkste politische Kraft in der Republika Srpska. Prognosen für die Wahlen am 1.10.2006 gehen jedoch von einem Einbruch der PDP aus.

Die **HDZ BuH** wurde 1990 gegründet. Sie folgte in den 90er Jahren der Programmatik der Ära Tudjman, somit der HDZ in Kroatien. Auch nach Ende des Krieges in BuH verfolgte sie (zum Teil gegen erhebliche innerparteiliche Vorbehalte, die entsprechend marginalisiert wurden) noch bis 2001 das Ziel, eine eigene Entität bzw. kroatische Selbstverwaltung in BuH zu etablieren. Mit ca. 70.000 registrierten Mitgliedern, von denen 92 % Kroaten sind, ist sie unangefochten die stärkste Kraft im kroatischen Wählerspektrum BuHs. Die HDZ BuH war seit 1990 an der Regierungsbildung beteiligt und befand sich lediglich 2000 - 2002 in der Op-

position. Unter ihrem letzten Vorsitzenden Bariša Čolak wies die HDZ BuH zwischen 2002 und 2004, Ansätze einer programmatischen neuen Orientierung nach dem Vorbild einer Volkspartei der politischen Mitte auf. Diese Entwicklung gipfelte im Dezember 2004 in der Anerkennung als EVP-Beobachter. Seither hat sich die HDZ BuH jedoch von der programmatischen Neuausrichtung einer modernen, europäischen Volkspartei entfernt. So wurde im Juni 2005 Dragan Čović zum neuen Vorsitzenden gewählt, obwohl gegen ihn ein Gerichtsverfahren aufgrund schwerwiegender krimineller Anschuldigungen läuft. Im Januar 2006 entschied die EVP, jegliche Kontakte mit dem Vorstand der HDZ BuH einzustellen. Die Partei behielt allerdings ihren Beobachterstatus. Aufgrund innerparteilicher Differenzen spaltete sich schließlich im April 2006 die **HDZ 1990** von der HDZ BuH ab.

Der Kern der **HDZ 1990** gruppiert sich um Božo Ljubić, Martin Raguz und Josip Merdzo, die im Herbst 2005 aus der HDZ BuH ausgeschlossen wurden. Die neue Partei gibt sich als pro-demokratisch, pro-europäisch und besitzt – im Gegensatz zur HDZ BuH – derzeit gute Kontakte zur Führung der HDZ in Kroatien.

Die Schwerpunkte der HDZ BuH als auch der HDZ 1990 sind die Vertretung der kroatischen Interessen in BuH, Schutz christlicher Werte, Gleichberechtigung und Konstitutionalität der drei Völker BuHs, Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag, soziale Marktwirtschaft und Föderalismus.

Eine explizite Position zum EU-Verfassungsvertrag ist bei keiner der Parteien zu erkennen. Die PDP und die HDZ BuH wie auch die HDZ 1990 würden einen Gottesbezug in der Präambel befürworten. Die Bezugnahme auf christliche Wurzeln würde seitens der SDA als Infragestellung der Zugehörigkeit BuHs als mehrheitlich muslimisch geprägtes Land zu Europa interpretiert.

1.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Die Zusammenarbeit der KAS mit den drei genannten Parteien war bis zum Bannspruch der EVP gegen den HDZ BuH Vorsitzenden Čović gleichermaßen intensiv. Derzeit sind die Kontakte zur HDZ 1990 intensiver, da die führenden Mitglieder dieser Partei vor ihrem Ausschluss die wichtigsten Ansprechpartner der KAS in der HDZ BuH waren. Regelmäßige Kontakte bestehen mit den Vorsitzenden und zu den Mitgliedern der Parteipräsidien. Des Weiteren besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der KAS mit den parteiinternen Jugendorganisationen. Seminare (Politische Akademie) für Abgeordnete und Vertreter regionaler Verbände werden zumeist parteienübergreifend veranstaltet, um die zwischenparteiliche Kooperation der drei Parteien zu fördern.

Dr. Christina Catherine Krause
Leiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung in
Bosnien und Herzegowina

kas@bih.net.ba

2. Bulgarien

2.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- SDS¹ (assoziiertes Mitglied in der EVP)
- DSB² (assoziiertes Mitglied in der EVP)

In allen osteuropäischen Reformstaaten bildeten sich während und nach der friedlichen Revolution 1989/90 große antikommunistische Sammelbewegungen oder Parteienkoalitionen, die sich den ehemaligen totalitären Staatsparteien entgegenstellten. In Bulgarien wurde am 7. Dezember 1989 die oppositionelle „**Union der Demokratischer Kräfte**“ (SDS) gegründet, ein Zusammenschluss von zunächst 13 politischen Einzelorganisationen. 1996 wurde die möglichst zügige Umwandlung der SDS in eine christdemokratische Volkspartei der Mitte westeuropäischen Typs angegangen.

Die SDS war 1991 - 1992 und 1997 - 2001 Regierungspartei. Bei der Parlamentswahl vom 17. Juni 2005 erhielt die Koalition „Vereinigte Demokratische Kräfte“ ODS, innerhalb derer die SDS die stärkste Kraft bildet, 7,7 %.

Die Partei „Demokraten für ein starkes Bulgarien“ (DSB) wurde am 30. Mai 2004 in Sofia gegründet. Der Beschluss zu ihrer Bildung war am 28. Februar 2004 getroffen worden, als 28 ehemalige Abgeordnete der Union der Demokratischen Kräfte (SDS) mit dem ehemaligen Vorsitzenden der SDS und Ex-Ministerpräsidenten, Iwan Kostov, sowie der ehemaligen SDS-Vorsit-

1 Sojuz na demokratitschnite sili (SDS) – Union der Demokratischen Kräfte

2 Demokrati za silna Balgarija (DSB) – Demokraten für ein starkes Bulgarien

zenden, Ekaterina Michailova, an der Spitze die Union verlassen hatten.

Die DSB errang bei den Parlamentswahlen vom 17. Juni 2005 6,5 %.

Sowohl die SDS als auch die DSB sind assoziierte Mitglieder der EVP.

2.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Die KAS arbeitet in Bulgarien mit zwei politischen Stiftungen zusammen, die den bürgerlichen Parteien nahe stehen – der Stiftung „Demokrazia“, welche mit der DSB verbunden ist und mit der Stiftung „Demokratische Alternative“, heute „Demokratisches Institut“, die die SDS vertritt.

Bedauerlicherweise sind die beiden bürgerlichen Parteien in Bulgarien zerstritten. Die KAS bemüht sich, die beiden Partner innerhalb ihrer Veranstaltungen zusammenzuführen und somit einen Dialog im bürgerlichen Lager zu ermöglichen.

Arbeitsschwerpunkte der KAS Sofia liegen in der Schulung von Nachwuchspolitikern, der Vermittlung von gesellschaftspolitischen Themen, wie beispielsweise der Vergangenheitsbewältigung sowie Veranstaltungen zur Justizreform.

Vergangenheitsbewältigung bzw. die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit ist ein traditionelles Arbeitsgebiet der KAS. Das Thema hat in Bulgarien auch 16 Jahre nach der Wende kaum an Aktualität eingebüßt wurde die kommunistische Epoche in Bulgarien bisher doch nur unzureichend beleuchtet und bewertet. Insbesondere bei der Öffnung der Archive der ehemaligen Staatssicherheit DS wurde inkonsequent verfahren. Vor diesem Hintergrund organisierte die KAS im März 2006 die Konferenz „Die Archive des totalitären Staates und die bulgarische Gesellschaft“. Dazu war als Gastreferent aus Deutschland Dr. Joachim

Gauck, vormals Bundesbeauftragter für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR, eingeladen. Bemerkenswert ist dabei, dass es der KAS gelungen ist, mit Metodi Andreev (SDS) und Wesselin Metodiev (DSB), zwei führende Vertreter der zwei ansonsten verfeindeten bürgerlichen Partnerparteien als Referenten zu gewinnen.

Zusammen mit der Stiftung „Demokratische Alternative“ veranstaltete die KAS im Jahre 2005 in fünf größeren Städten Bulgariens eine Seminarreihe zum Thema „Politische Kommunikation“. Die zweitägigen Seminare waren für junge Nachwuchspolitiker bestimmt. Die Teilnehmer kamen landesweit aus der Jugendorganisation der SDS. Auf den Veranstaltungen erläuterten führende Experten grundlegende Aspekte der politischen Kommunikation, der Mechanismen für den Austausch politischer Information, Kommunikationspraktiken sowie die Arbeit mit den Medien.

Ralf Jaksch

Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung
in Bulgarien

kas.sofia@mb.bia-bg.com

3. Estland

3.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- Union der Isamaa und Res Publica (EVP-Mitglied)

In Estland sind die beiden Parteien **Isamaliit/Pro Patria** und **Res Publica** die politischen Partner der Konrad- Adenauer- Stiftung. Beide Parteien befinden sich seit dem Frühjahr dieses Jahres in einem Vereinigungsprozess. Am 4. Juni 2006 fanden in Pärnu von beiden Parteien gleichzeitig zwei Parteitage statt, auf denen der Einigungsbeschluss zur **Union der Isamaa und Res Publica** bestätigt wurde.

Bis zum Parteitag der Union im Juni 2007 wird die neue Parteivereinigung von zwei Vorsitzenden und zwei Generalsekretären geführt. Das Amt der Vorsitzenden bekleidet der ehemalige Bildungsminister Tõnis Lukas und der frühere Finanzminister Taavi Veskimägi. Generalsekretäre sind die Herren Aimar Altosaar und Ott Lumi.

Die Partei **Isamaaliit/Pro Patria** wurde im Jahr 1995 gegründet und war mehrmals an wechselnden Regierungskoalitionen beteiligt. Die Partei ist seit der letzten Nationalwahl (2003) in der Opposition und mit 7 Abgeordneten (von 101 Sitzen) im Parlament vertreten.

Bei den Europawahlen konnte der damalige Vorsitzende Tunne Kelam einen der sechs estnischen Sitze erringen.

Die Partei **Res Publica** hat sich bei den letzten Nationalwahlen Estlands erstmals den Wählern gestellt und auf Anhieb 24,6 % der Stimmen erhalten. Bis zum Bruch der Regierungskoalition am 13. April 2005 war sie die führende Regierungspartei und stellte

mit Juhan Parts den Ministerpräsidenten Estlands. Momentan ist die Partei in der Opposition.

Bei den Europawahlen hat Res Publica eine Niederlage hinnehmen müssen. Es ist ihr nicht gelungen, einen Sitz für das Europäische Parlament zu erringen.

Nach den jüngsten Umfragen hat die **Union der Isamaa und Res Publica** bei den Wählern eine 11%-ige Unterstützung. Dies kann sich bis zu den nächsten Nationalwahlen im März 2007 allerdings noch erheblich ändern.

Das estnische Parlament hat den EU-Verfassungsvertrag, auf Initiative und Drängen unserer politischen Partner Isamaaliit und Res Publica, ratifiziert.

3.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Die Zusammenarbeit zwischen der KAS und beiden Parteien **Isamaliit/Pro Patria** und **Res Publica** ist über Jahre gewachsen. Mit der künftigen **Union der Isamaa und Res Publica** werden die Aktivitäten der KAS gebündelt weitergeführt. Es bestehen gute Kontakte zur Parteiführung und zu einer Reihe von Abgeordneten.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung bietet politische Trainingsseminare mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten an. Es werden sowohl christlich-demokratische Wertefragen diskutiert als auch Fragen zum estnischen Steuersystem oder der Fortentwicklung der kommunalen Gebietsreform in Estland erörtert. Darüber hinaus wird die Integration des Landes in die EU und die Nachbarschaftspolitik nach Osten auf Konferenzen und in Publikationen behandelt.

Die führenden Politiker der **Union der Isamaa und Res Publica** werden zu Kongressen und Seminaren der Stiftung in Deutschland und in Brüssel eingeladen.

Dr. Andreas von Below
Leiter der Außenstelle Baltische Länder
der Konrad-Adenauer-Stiftung

tallinn@adenauer.ee

4. Kroatien

4.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- HDZ¹ (assoziiertes Mitglied der EVP)
- DC² (Beobachterstatus in der EVP)
- HSS³ (Beobachterstatus in der EVP)

Die **HDZ** wurde 1989 als breit angelegtes Oppositionsbündnis gegründet und war seitdem die meiste Zeit in der Regierungsverantwortung. Seit den letzten Parlamentswahlen 2003 ist sie wieder die mit Abstand stärkste Partei (66 von 152 Sitzen) und stellt trotz knapper Parlamentsmehrheit mit kleinen Koalitionsparteien eine stabile Regierung unter dem Vorsitz ihres Parteivorsitzenden Dr. Ivo Sanader. Dieser entwickelt die HDZ erfolgreich zu einer modernen christlich-demokratischen Volkspartei nach dem Muster der CDU. Aktuelle Umfragewerte im Sommer 2006 bestärken die HDZ als stärkste politische Kraft vor den Sozialdemokraten. Die HDZ verfügt nach eigenen Angaben über ca. 400.000 Mitglieder. Organisatorisch und programmatisch war die HDZ bisher die profilierteste und professionellste politische Kraft in Kroatien und entwickelte sich am schnellsten von einer Bewegung zu einer politischen Partei westlichen Maßstabes. Die Regierungstätigkeit und unzureichende organisatorische Voraussetzungen im Parteiapparat haben die positive Entwicklung jedoch langsamer werden lassen.

1 Hrvatska demokratska zajednica (**HDZ**) – Kroatische demokratische Union

2 Demokratski centar (**DC**) – Demokratisches Zentrum

3 Hrvatska seljačka stranka (**HSS**) – Kroatische Bauernpartei

Die **DC** ist als HDZ-Abspaltung im Jahr 2000 gegründet worden, weil einige HDZ-Politiker nach dem Tode Dr. Franjo Tudjmans nicht an die innere Reformfähigkeit der HDZ geglaubt hatten. Nach den Parlamentswahlen 2003 wurde die DC in einer Koalition mit der HDZ Regierungspartei und stellte mit ihrer Vorsitzenden Vesna Škare Ožbolt die Justizministerin. Die Koalition ist Anfang 2006 zerbrochen und seitdem kämpft die Partei verstärkt um ihr politisches Überleben. Die Partei ist strukturschwach (14.000 Mitglieder) und verfügt im Parlament über 1 Sitz. Mit Sanaders Reformkurs ist die Existenzgrundlage der DC nach Einschätzung vieler Beobachter stark geschwächt. Die Parlamentswahlen Ende 2007 werden daher eine harte Bewährungsprobe für die kleine Partei sein.

Man sollte die DC jedoch nicht verfrüht abschreiben: eine kompetente und sehr gut ausgebildete Parteispitze leistete bisher keine schlechte Arbeit. Inzwischen sind etwa 70 % der Mitglieder ohne vorherige Parteizugehörigkeit. Die DC versucht sich als Interessenvertreterin von Selbständigen und gehobenem Bürgertum zu profilieren.

Die **HSS** ist die traditionsreichste kroatische Partei und wurde 1989 wieder gegründet. Sie hat etwa 50.000 Mitglieder und erhielt bei den letzten Wahlen 6,58 % der Stimmen, entsprechend 10 von insgesamt 152 Parlamentssitzen. Zuvor war sie Koalitionspartnerin in der Regierung des sozialdemokratischen Postkommunisten Ivica Račan gewesen. Aus Angst, von der HDZ aufgesogen zu werden und aus der Überzeugung, die Partei in der Opposition regenerieren zu können, führte der ehemalige HSS-Vorsitzende Zlatko Tomčić seine Partei in eine – wie er sagte – „konstruktive Opposition“.

Tomčićs Kurs eines Linksrucks der Partei sowie sein Populismus wurden weder von der eigenen Basis noch vom Wähler honoriert. Nachdem die HSS in Meinungsumfragen seit 2003 dauerhaft un-

ter 5 % gerutscht war, wurde Tomčić abgewählt und Josip Friščić im Dezember 2005 als neuer Vorsitzender bestätigt. Friščić bemüht sich seitdem erfolgreich um eine Professionalisierung der Parteiarbeit und eine bessere Positionierung der Partei. Die HSS hat seitdem in den Umfragen zugelegt und wird zum Teil wieder als viert stärkste politische Kraft gesehen.

Die Ausgestaltung der zukünftigen Verfassung der Europäischen Union ist derzeit kein Thema in der politischen Diskussion in Kroatien.

4.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Die Zusammenarbeit der KAS Zagreb mit der **HDZ**-Spitze ist vertrauensvoll und produktiv. Eine Vielzahl von Aktivitäten wird strategisch abgestimmt. Der Schwerpunkt der Seminararbeit lag bisher auf der Zielgruppe „junge Erwachsene“ und dem Thema „Politische Kommunikation“. Darüber hinaus unterstützt die KAS Zagreb aktiv die Entwicklung der im Frühjahr 2006 reaktivierten Stiftung „Zaklada hrvatskog državnog zavjeta“ (**ZHDZ**) als eine politische Stiftung nach dem Muster der KAS. Zuvor hatte die mangelnde Professionalität des Parteiapparates über die Jahre hinweg ein systematisches Arbeiten für die KAS erschwert. (kaum hauptamtliches Personal, der internationale Sekretär war zugleich auch Kulturminister, es fehlte ein Geschäftsführer etc.) Die KAS Zagreb wies auf dieses Dilemma immer wieder hin. Seit 2005 gibt es mit Ivan Jarnjak einen neuen Generalsekretär, der sich voll der Parteiarbeit widmet.

Seit dem Frühjahr 2006 hat die KAS mit der ZHDZ einen Partner, mit dem sie gemeinsame Aktivitäten systematisch und mit Unterstützung der Parteispitze entwickeln kann.

Mit der Vorsitzenden der **DC** Vesna Škare Ožbolt in ihrer damaligen Funktion als Justizministerin hatte die KAS Zagreb 2005

eine kontinuierliche Zusammenarbeit begonnen. Bedauerlicherweise ist diese durch ihre Entlassung 2006 unterbrochen worden.

Die Traditionspartei **HSS** hat unter dem Ex-Vorsitzenden Tomčić eine schwierige Phase durchlaufen, unter der auch die Zusammenarbeit mit der KAS gelitten hat. Die KAS distanzierte sich temporär zur Parteispitze und verstärkte ihre Zusammenarbeit mit der HSS-Jugendorganisation. Seit dem Wechsel an der Parteispitze ist die Zusammenarbeit leichter geworden.

Die Zusammenarbeit mit politischen Parteien in Kroatien lässt sich für das Jahr 2006 beispielhaft konkretisieren. Im Rahmen des Seminars „Politische Analyse und Politische Kommunikation für Nachwuchspolitiker“ in Stubičke Toplice vom 7. bis 9. April 2006 wurden Kenntnisse der politischen Kommunikation und der Verbesserung der politischen Analysefähigkeit von jungen Nachwuchspolitikern gefördert. Darüber hinaus geht es derzeit um die öffentlichkeitswirksame Diskussion von wichtigen Trends und Perspektiven der Politischen Kommunikation im Rahmen des internationalen Parteiendialogs, so z. B. bei der Konferenz am 26. April 2006 in Zagreb. Schließlich ist es wichtig, die grenzüberschreitenden Herausforderungen an die christlich-demokratische Politik mit jungen Nachwuchskräften zu diskutieren.

Beispielhaft ist die Sommerschule vom 21. bis 27. August 2006 in Šipan zum Thema „Wirtschaftliche Entwicklung und sicherheitspolitische Stabilität in Europa – Was kann christlich-demokratische Politik operativ leisten?“.

Dr. Christian Schmitz
Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung
in Kroatien

elma.kas@inet.hr

5. Lettland

5.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- Volkspartei¹ (EVP-Mitglied)
- Neue Zeit² (EVP-Mitglied)

Die lettische **Volkspartei** wurde im Jahr 1998 gegründet. Sie ist seitdem durch ihre politische Präsenz in verschiedenen Kabinetten und auf lokaler Ebene ein stabiler Faktor in der lettischen Parteienlandschaft. In den Wahlen zum 8. Parlament (Saeima) errang die Partei mit 16,7 % der Wählerstimmen 20 Sitze (von 100 Sitzen) im lettischen Parlament. Zurzeit stellt sie innerhalb einer Minderheitenregierung den Ministerpräsidenten und weitere vier Minister. Parteivorsitzender ist Atis Slakeris, der bereits mehrere Ministerposten in verschiedenen Regierungen bekleidete und derzeit das Amt des Verteidigungsministers ausübt.

In aktuellen Umfragen hat die Partei Werte, die zwischen 10 und 15 % liegen. Die der Volkspartei angehörende Kultusministerin Helena Demakova gehört zu den populärsten Politikern in Lettland.

Bei den Europawahlen konnte die Partei einen Sitz (von 9 Sitzen) erringen. Rihards Piks, zeitweiliger Außenminister Lettlands, gehört der EVP-Fraktion an. Er hat bereits vor dem Beitritt Lettlands als Beobachter in dieser Fraktion mitgewirkt und auch bei dem Verfassungskonvent mitgearbeitet. Die Volkspartei hat bei der Abstimmung im lettischen Parlament geschlossen für die Ratifizierung der EU-Verfassungsvertrages gestimmt.

1 Tautas partija – Volkspartei

2 Jaunais laiks – Neue Zeit

Die Partei **Neue Zeit** ist erst vor den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2002 vom ehemaligen Chef der lettischen Nationalbank Einars Repse gegründet worden und erhielt auf Anhieb ca. 24 % der Wählerstimmen und 26 Sitze (von 100 Sitzen) im lettischen Parlament. Sie stellt damit die größte Fraktion, ist aber derzeit in der Opposition.

Die Partei ist noch im Aufbau begriffen. Sie hat bisher nur eine schmale Mitgliederbasis und eine geringe Organisationstiefe (keine Seniorenorganisation, eine schwache Jugendorganisation). Das ursprüngliche Konzept einer kleinen Elitepartei (closed shop) wurde mittlerweile verändert. Die Partei bemüht sich um ein breiteres Mitgliederfundament. Einars Repse wurde in diesem Jahr als Parteivorsitzender wieder gewählt.

Bei den ersten Europawahlen konnte die Partei 2 (von 9 lettischen Sitzen) erringen. Einer der neuen Europaabgeordneten (Aldis Kuskis) hat bereits als Beobachter in der EVP-Fraktion mitgearbeitet. Der zweite Mandatsträger (Valdis Dombrowskis) war für ca. 14 Monate in der Regierung Repse Finanzminister.

Die Partei hat geschlossen für die Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages gestimmt.

5.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Die Zusammenarbeit der Stiftung mit der lettischen **Volkspartei** ist auf allen Ebenen gut und unproblematisch. Gefördert wird insbesondere die Jugendorganisation der Partei durch Trainings- und Seminarreihen für Nachwuchspolitiker. So findet jährlich eine sehr erfolgreiche mehrstufige Seminarreihe für junge Führungskräfte statt, in deren Verlauf junge Leute für die Übernahme von Verantwortung in der Partei oder anderen gesellschaftlichen Organisationen ausgebildet werden.

Die Stiftung arbeitet mit führenden Vertretern der Partei **Neue Zeit** zusammen, bietet ihnen Beratungen zur politischen Kommunikation, zum Aufbau von Parteistrukturen, zur Rechts-, Bildungs- und Außenpolitik an und bindet sie in die Netzwerke ihrer Ostseekooperation und überregionalen Zusammenarbeit im Baltikum ein.

Dr. Andreas von Below
Leiter der Außenstelle Baltische Länder der
Konrad-Adenauer-Stiftung
riga@adenauer.lv

6. Litauen

6.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- Vaterlandsunion¹ (EVP-Mitglied)
- Litauische Christdemokraten² (EVP-Mitglied)

Die **Vaterlandsunion** (VU) wurde 1993 nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Litauens wieder gegründet. Die Partei ist nach den Parlamentswahlen 2004 mit 25 Sitzen (von 141 Sitzen) im litauischen Parlament (Seimas) vertreten. Sie ist einer der wichtigsten Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung in Litauen. Vorsitzender der VU ist der ehemalige Ministerpräsident des Landes Andrius Kubilius, der in diesem Posten den langjährigen Parteivorsitzenden Prof. Vytautas Landsbergis abgelöst hat. Prof. Landsbergis und seine Parteikollegin Laima Andrikienė vertreten derzeit Litauen in der EVP-Fraktion im EP.

Die Vaterlandsunion verfolgt einen liberalen Konservatismus. Das Wahlprogramm der VU betont eine liberale Marktwirtschaft, die sich auf das Privateigentum und die freie Initiative stützt, die Dezentralisierung der Staatsgewalt, den Aufbau einer Zivilgesellschaft, die Westintegration Litauens und die strikte Befolgung der Gesetze. Nach dem letzten Parteitag gewinnt das christliche Gedankengut im Parteiprogramm der VU mehr an Bedeutung. Ein weiterer programmatischer Schwerpunkt der Partei ist die Etablierung und Förderung der Informations- und Bildungsgesellschaft in Litauen.

¹ Tevynes Sajunga – Vaterlandsunion

² Lietuvos Krikščionys Demokratai (**LKD**) – Litauische Christdemokraten

Neben der Europapolitik und der Außenpolitik stehen auf der Agenda der VU sozial- und familienpolitische Themen.

Nach der Fusion mit der „Partei der ehemaligen politischen Häftlingen und Verbannten“ ist die VU mit ca. 50.000 Mitgliedern die größte politische Organisation des Landes.

Als weiterer Partner in Litauen steht die **Partei der Litauischen Christdemokraten** (LCD) zur Verfügung. Die LCD wurde 1989 neu gegründet. Wegen langwierigen innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Frage des Vorsitzenden und der Zukunftsstrategien der Partei war die Zusammenarbeit zwischen der KAS und der LCD für einige Zeit eingestellt. Nach der Wahl Valentinas Stundys (ehemaliger Bürgermeister der Kreisstadt Moletai) zum Parteichef wurde die Kooperation wieder aufgenommen.

Die LCD bereitet sich intensiv auf die bevorstehenden Kommunalwahlen 2007 vor. Durch die Niederlage bei den Parlamentswahlen 2004, bei der die Partei an der 5 %-Wahlklausel scheiterte, werden diese Wahlen für die LCD als letzte Chance angesehen, um auf der politischen Bühne agieren zu können.

Beide Partnerparteien sind Mitglieder der EVP Familie.

Der EU-Verfassungsvertrag wurde bereits am 11. November 2005 im litauischen Parlament ratifiziert und von den Abgeordneten unserer politischen Partner einmütig unterstützt.

6.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Das Verbindungsbüro der KAS in Vilnius unterhält enge Kontakte zu der **Vaterlandsunion**. Die führenden Vertreter der Partei werden zu unterschiedlichen Veranstaltungen der Stiftung eingeladen. Wichtige Themen in der Zusammenarbeit sind der Aufbau von Parteistrukturen, regelmäßige Schulungsseminare für die Parteifunktionäre und Nachwuchspolitiker und eine enge Kooperation zwischen den Mitte-Rechts-Parteien auf internationaler Ebene.

ne. Zu erwähnen sind u. a. die internationalen Konferenzen „Inter-Party Cooperation and Better Coordination in the Field of the Foreign Policy“ und „Perspectives for Cooperation of the Centre-Right Forces in Europe and the Region“, die in diesem Jahr durchgeführt wurden und an denen zahlreiche führende Politiker aus den Nachbarländern teilnahmen. Ziel der Konferenzen war eine engere regionale Abstimmung der Außen- und Europapolitik im baltischen Raum insbesondere im Hinblick auf die Position zu den östlichen Nachbarn Russland, Weißrussland und Ukraine.

Dr. Andreas von Below
Leiter der Außenstelle Baltische Länder der
Konrad-Adenauer-Stiftung
tallinn@adenauer.ee

7. Mazedonien

7.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- VMRO-DPMNE¹
- VMRO-NP²
- DPA³

Die **VMRO-DPMNE** wurde nach der Unabhängigkeit 1990 wieder gegründet. Die Anfangszeit prägte der Mitbegründer und spätere Premier Ljubčo Georgievski maßgeblich. Mit ihm übernahm die Partei 1998 erstmals die Regierungsverantwortung, wurde aber 2002 wieder abgewählt. Auf dem Parteitag 2003 übernahm der frühere Finanzminister Nikola Gruevski die Führung und begann mit einer maßgeblichen Umgestaltung der Partei. Nach einem „Selbstreinigungsprozess“, an dessen Ende auch Ljubčo Georgievski die Partei verließ, kehrte die VMRO-DPMNE Ende 2004 wieder in ruhigeres Fahrwasser zurück. Heute ist der innere Reformprozess weitgehend abgeschlossen und die Partei gefestigt.

Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2005 konnte die Partei zwar nur rund ein Drittel aller Bürgermeisterämter erringen, dafür aber die der größten Gemeinden sowie sieben von zehn Stadtbezirken in der Hauptstadt Skopje. Bei den Parlamentswahlen im Juli 2006

1 Vnateschna Makedonska Revolucionerna Organizaciona Demokraska Partija sa Nacionalna edinstvo na Makedonija (**VMRO-DPMNE**) – Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die Mazedonische Nationale Einheit

2 Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Volkspartei (**VMRO-NP**)

3 Demokratische Partei der Albaner

gewann sie 45 der 120 Sitze und wurde stärkste Kraft. Im August wurde Nikola Gruevski zum neuen Premierminister einer von der VMRO-DPMNE geführten bürgerlichen Koalition gewählt. Aussagen zur EU-Verfassung sind noch nicht getroffen worden, da dies Mazedonien bisher nicht betraf.

Die **VMRO-NP** wurde als Abspaltung der VMRO-DPMNE Ende 2004 durch Ljubčo Georgievski gegründet. Er wurde nicht selbst Parteichef. Sie nahm 2005 an den Kommunalwahlen teil und errang nur drei der 86 Bürgermeisterämter. Bei den Parlamentswahlen zeigte sich, dass der erhoffte „Ljubčo-Effekt“ nicht eintrat. Mit nur sechs Abgeordneten starben alle Hoffnungen als Koalitionspartner in eine Regierung aufgenommen zu werden. Die Parteichefin Vesna Janevska hat bereits angekündigt, die neue VMRO-DPMNE Regierung zu unterstützen. Es gibt Anzeichen, dass unzufriedene Parteifunktionäre und auch zwei Abgeordnete eine Wiedervereinigung mit der VMRO-DPMNE bis zu deren Parteitag 2007 anstreben.

Die **DPA** wurde ebenfalls 1990 gegründet und war mit der VMRO-DPMNE von 1998 bis 2002 in einer Koalition. Durch ihre Struktur und Anhängerschaft ist die DPA homogener und hatte keine innerparteilichen Krisen. Bei den Wahlen 2002 konnte die in die Partei DUI umgewandelte UÇK die überwältigende Mehrheit der albanischen Wähler in Mazedonien auf sich vereinigen. Die DPA geriet an den Rand ihrer Existenz, da sie auch bei den Kommunalwahlen nur ein Amt errang. Bei den Parlamentswahlen im Juli 2006 zeigte sich, dass die Wähler wieder mehr der bürgerlich ausgerichteten DPA und ihrem langjährigen Vorsitzenden Arben Xhaferi vertrauen.

Mit elf Abgeordneten und drei Ministern ist sie an der VMRO-DPMNE Regierung beteiligt. Es ist davon auszugehen, dass Arben Xhaferi aus gesundheitlichen Gründen den Vorsitz bald an seinen Stellvertreter Mendu Thaçi abgeben wird.

7.2. Zusammenarbeit mit der KAS

In der Anfangszeit war die Zusammenarbeit zwischen der KAS und **VMRO-DPMNE** schwierig, besserte sich jedoch nach der Regierungszeit (1998-2002) und kann heute auf allen Ebenen als sehr gut bezeichnet werden. Insbesondere mit der Parteispitze um Gruevski herrscht ein vertrauensvolles Verhältnis. Die **VMRO-DPMNE** entwickelte sich mit Unterstützung der KAS zu einer mitgliedsfähigen EVP-Partei, der in Brüssel am 18. September 2006 der Beobachterstatus verliehen wurde.

Mit der KAS und deutschen Referenten aus dem Stiftungsumfeld wurde Anfang 2004 eine Politische Akademie zur Schulung von Mandatsträgern und Funktionären der Partei ins Leben gerufen. Dort wurden bis Juni 2006 rund 340 Teilnehmer auf ihre Aufgaben als Funktionär, Abgeordneter oder Bürgermeister vorbereitet. Der neue Minister für lokale Selbstverwaltung ist Absolvent der letzten Politischen Akademie und der neue Außenminister ist ehemaliger KAS-Stipendiat.

Die Zusammenarbeit mit der **VMRO-NP** verlief von Anfang an gut, jedoch waren die Vorstellungen der Partei bzgl. einer Unterstützung durch die KAS nicht immer realistisch. Die **VMRO-NP** beteiligte sich rege an Maßnahmen und Weiterbildungen der KAS. Die weitere Zusammenarbeit mit der **VMRO-NP** wird maßgeblich dadurch bestimmt werden, ob sie eine selbständige Partei bleibt oder sich wieder mit der **VMRO-DPMNE** vereinigt.

Zwischen der **DPA** und der KAS bestehen seit der Büroeröffnung regelmäßige Kontakte. Insbesondere über die Aus- und Weiterbildung jüngerer Parteimitglieder konnten die Beziehungen in den letzten Jahren intensiviert werden.

Zu dem neuen stellvertretenden Premierminister, den die **DPA** stellt, pflegt die KAS enge Beziehungen. Dieser besuchte zu Zeiten als er noch Bürgermeister war mehrfach Veranstaltungen und

Weiterbildungen der KAS. Die KAS hat somit gute Beziehungen zur Führung der Partei, die sich nun um Unterstützung beim Annäherungsprozess an die EVP bemüht.

Ulrich Kleppmann
Leiter der Außenstelle Skopje / Mazedonien
der Konrad-Adenauer-Stiftung

kas@kas.com.mk

8. Polen

8.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- PO¹ (EVP-Mitglied)
- PSL² (EVP-Mitglied)
- Kontakte zu PiS³

Die **Bürgerplattform (PO)** ist eine wirtschaftsliberale und wert-konservative Partei der Mitte, die innerhalb der EVP mit der CDU/CSU partnerschaftlich verbunden ist. Bei den Parlamentswahlen vom 25. September 2005 wurde die PO mit ihrem Spitzenkandidaten Jan Rokita mit 24,1 % die zweitstärkste Kraft nach der konservativen Partei **Recht und Gerechtigkeit (PiS)**, 26,6 %. Mit 131 von 460 Sitzen ist sie nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen mit der PiS die stärkste Oppositionsfraktion.

Die **PO** wurde vor den Wahlen 2001 von Politikern aus der Wahlaktion Solidarność (AWS) und der Freiheitsunion (UW) gegründet und mit 12,7 % auf Anhieb zweitstärkste Partei nach den Postkommunisten mit 41 %. Seit 2002 ist der Historiker Donald Tusk Parteivorsitzender. Bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2005 unterlag er im zweiten Wahlgang mit 46,5 % zu 53,5 % Lech Kaczyński von PiS. Von der Führungsriege der Anfangszeit sind nur noch Tusk und Rokita übrig geblieben. Bei den Vorstandswahlen der PO im Juni 2006 konnte Tusk als Partei- und Fraktionsvorsitzender trotz der Wahlniederlage seine Position stärken: seine Personalvorschläge wurden mit klarer Mehrheit an-

1 Platforma Obywatelska (**PO**) – Bürgerplattform

2 Polskie Stronnictwo Ludowe (**PSL**) – Polnische Volkspartei

3 Prawo i Sprawiedliwość (**PiS**) – Recht und Gerechtigkeit

genommen. Der aus Krakau stammende Jurist Jan Rokita Premier-Kandidat und bisheriger Vizevorsitzender, ist dagegen nicht mehr im Vorstand vertreten. Er soll wieder die Fraktionsführung übernehmen, die er bereits von 2003 bis 2005 ausübte. Rokita steht für den konservativeren Flügel der PO. Dagegen repräsentiert Tusk den stärkeren liberalen Flügel der Partei. Generalsekretär ist Grzegorz Schetyna, Jahrgang 1963, aus Niederschlesien. Für die internationalen Beziehungen zeichnet Dr. Jacek Saryusz-Wolski aus Lodz/Łódź verantwortlich. Er ist zugleich einer von fünf stellvertretenden Vorsitzenden der Partei. Dazu zählen auch Prof. Hanna Gronkiewicz-Waltz, Präsidentin der Polnischen Nationalbank und Vizepräsidentin der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung a. D. sowie Bronisław Komorowski, aktuell Vizepräsident des Sejm und Verteidigungsminister a. D.

In der EVP-ED Fraktion stellt Polen mit 15 Abgeordneten die sechstgrößte nationale Gruppe. Die PO lehnte unter der Parole „Nizza oder Tod“ zunächst den Europäischen Verfassungsvertrag strikt ab. Neben der Stimmverteilung im Rat stand auch der fehlende Gottesbezug im Mittelpunkt der Kritik. Nach den ablehnenden Referenden in Frankreich und den Niederlanden hat sie eine abwartende Haltung eingenommen. Gegenüber der sehr nationalstaatlich orientierten PiS möchte sich die PO jedoch möglichst als konstruktive europäische Partei profilieren.

Die **Polnische Volkspartei (PSL)** steht als traditionelle politische Interessenvertretung der Landbevölkerung in Konkurrenz zur neuen populistischen Partei „Selbstverteidigung“. Bei den Parlamentswahlen 2005 erreichte sie knapp 7 % – die Selbstverteidigung 11,4 % – und ging in die Opposition. Die PSL ist Nachfolgerin der „Vereinigten Bauernpartei“, einer Blockpartei der kommunistischen Zeit, deren Besitzstand sie übernahm. Gegründet wurde die Partei jedoch bereits 1895 in Galizien. 1989 unterstützte sie die Wahl von Tadeusz Mazowiecki zum Premier. In

den Jahren 1993 bis 1997 und 2001 bis 2003 regierte die PSL zusammen mit den Postkommunisten. Mit Waldemar Pawlak stellte sie kurzzeitig 1992 und über anderthalb Jahre von 1993 bis 1995 den Ministerpräsidenten. 2003 trat die PSL aus dem Regierungsbündnis aus.

Im Europaparlament kooperiert sie mit der EVP-ED Fraktion und ist Mitglied in der EVP. Gegenüber dem Verfassungsvertrag ist die Partei kritisch eingestellt. Drei von vier Europaabgeordneten der PSL, darunter der Parteivorsitzende der Jahre 2004-05, Janusz Wojciechowski, sind Anfang 2006 aus der EVP-ED Fraktion sowie aus ihrer Partei ausgetreten und haben sich der Fraktion „Europa der Nationen“ angeschlossen. Seit 2005 ist erneut der frühere Premier und heutige Fraktionsvorsitzende Waldemar Pawlak, Parteivorsitzender. Jarosław Kalinowski, geboren 1962, früherer Vizepremier und Landwirtschaftsminister, der von 1997 bis 2004 den Parteivorsitz innehatte, ist Generalsekretär der Partei und Vizepräsident des Parlaments. Als Kandidat der PSL bei den Präsidentschaftswahlen 2005 erreichte er 1,8 %. Im zweiten Wahlgang unterstützte die PSL den Kandidaten der PiS Lech Kaczyński.

Die konservative Partei **Recht und Gerechtigkeit** (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) ist im Juni 2001 unter Führung der promovierten Juristen und Zwillingbrüder Jarosław und Lech Kaczyński, geboren 1949 in Warschau, quasi als ein Rettungsboot für konservative Politiker entstanden, die sich von der untergehenden Wahlaktion Solidarność abseilten. Mit 155 von 460 Mandaten ist sie heute die führende Regierungspartei und stellt die Staatsspitze: Lech ist Staatspräsident, Jarosław Premier und Parteivorsitzender. Nach gut sechs Monaten Minderheitsregierung nach den Wahlen 2005 wurde Anfang Mai 2006 eine Koalitionsregierung mit der sozialpopulistischen „Selbstverteidigung“ und der national-katholischen „Liga der Polnischen Familien“ gebildet. Damit hat das konservativ-soziale Lagerkonzept der PiS kon-

kret Gestalt angenommen und muss sich in der Regierungsverantwortung bewähren. Dem Liberalismus wird die Vision eines „solidarischen Polen“ entgegengesetzt.

Den Beitritt zur EU hat die Partei tatkräftig unterstützt, den Verfassungsvertrag lehnt sie ab. Zunächst hat sich die PiS um die Aufnahme in die EVP bemüht, dann aber – unter anderem wegen grundsätzlicher Divergenzen in der Verfassungsfrage und mit der CDU/CSU in der Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen – Anfang 2004 der EVP brüsk den Rücken gekehrt. Im Europäischen Parlament ist die Partei Mitglied der „Union für ein Europa der Nationen“. Sie hat sich der Bewahrung nationaler Identität und Selbstbestimmung sowie der energischen Vertretung der nationalen Interessen Polens verschrieben. Die durch den Verfassungsvertrag angestrebte Vertiefung der politischen Union wird deshalb skeptisch beurteilt. Leitbild ist ein solidarisches Europa der Nationen. Befürwortet wird die weitere Erweiterung der Union insbesondere im Osten, gefürchtet die Dominanz Deutschlands und Frankreichs.

8.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Zur **PO** und ihrer politischen Jugendorganisation „Junge Demokraten“, unterhält die KAS gute Kontakte. Vertreter der Partei nehmen regelmäßig an Veranstaltungen auf Einladung der KAS in und außerhalb Polens teil. Durch Besuchsprogramme, Gespräche und Seminare werden die Beziehungen gepflegt. Es finden ein freundschaftlich-konstruktiver Sachdialog auch über kritische Themen und ein reger Austausch statt. Dies wurde beim Besuch der Kanzlerkandidatin Merkel im August 2005 in Warschau auch öffentlich deutlich.

Die **PSL** wird ebenfalls verschiedentlich in die Arbeit der KAS eingebunden. So wurde in Kooperation mit ihr 2005 eine Konferenz zur Seniorenpolitik in Europa durchgeführt.

Seit dem Ende der Zusammenarbeit der **PiS** mit der EVP und den Dissonanzen in den deutsch-polnischen Beziehungen sind die Beziehungen der Partei zur KAS deutlich distanziert. Dennoch hält die Stiftung nach Möglichkeit den Kontakt zu Vertretern der PiS und versucht, sie an den politischen Dialogprogrammen zu beteiligen. Das Verhältnis zu den „Jungen Konservativen“ gestaltet sich weiter gut.

Dr. Stefan Raabe
Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung
in Polen / Belarus

kas-w-wa@kas.pl

9. Rumänien

9.1. Partnerpartei(en)/ Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- PD¹ (Beobachterstatus in der EVP)
- UDMR² (Assoziiertes Mitglied der EVP)
- PNTCD³ (Assoziiertes Mitglied der EVP)

Die **Demokratische Partei (PD)** wurde am 11. Mai 1993 im Rahmen einer Fusion mehrerer Parteien gegründet, die durch die Zersplitterung der Nationalen Rettungsfront (**FSN**) entstanden waren.

Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1996 war die PD unter dem neuen Präsidenten Emil Constantinescu bis 2000 an der bürgerlichen Koalitionsregierung unter christdemokratischer Führung beteiligt. Aus der Opposition heraus gewann 2004 Traian Basescu (bis zu diesem Zeitpunkt Bürgermeister von Bukarest und Vorsitzender der PD) als Kandidat der Allianz aus Liberaler Partei (**PNL**) und PD die Wahl zum rumänischen Präsidenten.

Auf ihrem Nationalkonvent im Juni 2005 vollzog die PD die Wende zur politischen Mitte. Dem wurde Ausdruck verliehen durch den Rückzug aus der Sozialistischen Internationale und die Antragstellung für die Mitgliedschaft in der EVP. In September 2005 bekam die Partei dort den Beobachterstatus. Das Programmdokument „Wohlhabendes Rumänien, demokratisches

1 Partidul Democrat (**PD**) – Demokratische Partei

2 Uniunea Democrată a Maghiarilor din România (**UDMR**) – Demokratische Union der Magyaren in Rumänien

3 Partidul Popular Crestin Democrat (**PPCD**) – Christdemokratische Volkspartei

Rumänien“ belegt die endgültige Hinwendung zur Programmatik einer Volkspartei.

Grundwerte des neuen Programms, mit dem die PD für den Beitritt zur EVP wirbt, sind: Freiheit, Verantwortung, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und Subsidiarität.

Charakteristisch für den Prozess der Parteiarbeit ist, dass die PD weitgehend von der charismatischen Führungsfigur Traian Băsescu gesteuert wird, der als Präsident aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht selbst Parteivorsitzender sein kann. Aktueller Vorsitzender der Partei ist Emil Boc, Hochschullehrer und Bürgermeister der Stadt Cluj Napoca.

Die Partei ist in allen Kreisen des Landes organisatorisch verankert. Seit den Kommunalwahlen im Juni 2004 stellt sie 376 Bürgermeister, konnte bei den Kreisräten 16 % der Stimmen und bei den Gemeinderäten 15 % der Stimmen auf sich vereinigen. In der Regierung stellt sie einen Staatsminister und 6 Fach-Minister. Im Parlament ist die PD mit 23 Senatoren (16,7 %) und 43 Abgeordneten (13,3 %) vertreten.

Die Demokratische Partei unterstützt den EU-Verfassungsvertrag. Rumänien hat mit der Ratifizierung des Beitrittsvertrages auch den Verfassungsvertrag akzeptiert.

Die **UDMR** wurde in Dezember 1989 unmittelbar nach dem Fall der kommunistischen Diktatur von dem Schriftsteller Domokos Geza gegründet.

Die UDMR ist eine politische Allianz, de facto (aber nicht offiziell) eine Partei, die die ungarische Minderheit in Rumänien vertritt. Mit etwa 1,4 Millionen Bürgern ist dies eine der größten nationalen Minderheiten in Europa.

Bei den letzten Wahlen 2004 hat die Union rund 6 % der Mandate gewonnen. Seit 1996 ist die UDMR praktisch in jeder Regie-

rungskoalition vertreten, wenn auch nicht immer durch ein formelles Bündnis.

Die Präsenz der UDMR in der Regierung wurde allgemein als vorteilhaft für das Image Rumäniens angesehen und auch als ein Faktor politischer Stabilität im Lande ausgelegt. Obwohl die Partei in beide Parlamentskammern vertreten ist, wurde sie nicht als politische Partei registriert: Sie ist als „Union“ oder „Allianz“ gekennzeichnet und umfasst mehrere verschiedene Ideologien oder Plattformen von sozialdemokratisch bis zu liberal und konservativ. Allgemein vertritt die Partei eine moderate Ideologie mit starken pro-europäischen und pro-demokratischen Aussagen. Sie ist daran interessiert, die Rechte der ungarischen Minderheit durch freie Nutzung ihrer Muttersprache im öffentlichen Leben, in der Verwaltung und in der Justiz und zu stärken und ein Schulsystem mit Unterricht in der Muttersprache für alle Niveaus zu entwickeln.

Neben diesen klassischen Forderungen einer Minderheitenpartei, befürwortet die UDMR die Konsolidierung der Marktwirtschaft. Seit 1992 ist Marko Bela Vorsitzender der Partei.

Die UDMR ist besonders stark in Siebenbürgen verwurzelt. Die Ergebnisse der Kommunalwahl 2004 unterstreichen ihr Gewicht auch landesweit. Die UDMR ist seit März 1998 mit Beobachterstatus in der EVP und seit Oktober 1999 assoziiertes Mitglied. Das grundsätzlich positive Votum für Europa steht immer auch unter dem Vorbehalt einer Stärkung der Rechte nationaler Minderheiten.

Die **PPCD** ist die Nachfolgerin der früheren Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei (PNTCD).

Die (noch nicht rechtmäßige) Namensänderung erfolgte im Januar 2005 nach der Fusion mit der der „Union für den Wiederaufbau

Rumäniens“ (URR). Seitdem gilt als Motto der Partei „*Fiecare conteaza*“ (*Jeder zählt*).

Die Grundlagen der PNTCD-Programmatik sind: Festhalten an den Prinzipien christlicher Moral, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Personalismus, Solidarität und Subsidiarität.

Sowohl in den Kommunalwahlen als auch bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen musste die Partei hohe Verluste hinnehmen.

Für das schlechte Abschneiden der Partei gibt es unterschiedliche Ursachen. Die Partei leidet weiterhin an ihrer verheerenden Bilanz der Legislaturperiode 1996 - 2000, in der sie maßgeblich Regierungsverantwortung trug, und dem weiteren Niedergang der Partei durch Abspaltungen und Diadochenkämpfe. Die Partei scheint aktuell zur Bedeutungslosigkeit verdammt zu sein und schafft es nicht, sich in der rumänischen Parteienlandschaft neu zu profilieren.

Die Partei ist seit 1987 Mitglied in der Christdemokratischen Internationale und seit 1996 Mitglied in der EVP. Zurzeit hat die Partei den Status eines assoziierten Mitglieds. Den Vertrag für eine Europäische Verfassung hat die PPCD nachdrücklich unterstützt.

9.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Die Zusammenarbeit der KAS mit den genannten Parteien konzentrierte sich 2005 und 2006 schwerpunktmäßig auf die **PD**. Ein wichtiger Partner der KAS Bukarest bei der Durchführung von Beratungs- und Trainingsmaßnahmen war die holländische Eduardo-Frei-Stiftung. Dabei galt besonderes Augenmerk den Bemühungen um Stärkung der Kenntnisse der christdemokratischen Grundwerte in den nationalen wie lokalen Parteigliederungen. Ei-

nen weiteren Schwerpunkt bildeten die Programme zur Stärkung der Organisations-Kultur und der politischen Kommunikation.

Die Beziehungen zwischen der PD und der Schwesterpartei CDU wurde durch mehrere Besucherprogramme und Diskussionsrunden in Deutschland und Rumänien maßgeblich intensiviert.

Die Zusammenarbeit mit der **UDMR** ist naturgemäß nur schwach ausgeprägt, zumal es in der Länderkonzeption kein spezielles Programm für die ungarische Minderheit gibt. Gleichwohl gibt es zu führenden Funktions- und Mandatsträgern gute Beziehungen. Bei Themen von gemeinsamem Interesse (Mitte-Rechts-Parteien, EU-Beitritt, Parteienfinanzierung etc.) konnten die Kontakte immer wieder zur Mitwirkung in KAS-Veranstaltungen herangezogen werden.

Die Beziehungen mit der **PPCD** wurden in bescheidenem Umfang aufrechterhalten. Die Partei wurde insbesondere auf der lokalen Ebene unterstützt.

Dr. Günter Dill

Leiter der Außenstelle Bukarest der Konrad-Adenauer-Stiftung

office@kas.ro

10. Russland

10.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- Union der Rechten Kräfte¹
- Einiges Russland²

Aufgrund der derzeitigen Dominanz von „**Einiges Russland**“ (ER) kann man noch nicht von einem konsolidierten Parteiensystem sprechen: dominiert von der Regierungspartei, werden andere – oft von einflussreichen Machtpersonen „von oben“ gegründete und über keine richtige Basis verfügende Parteien – marginalisiert. Kleinere demokratische Bewegungen und Parteien sind zersplittert und zerstritten. Auch nach dem kurzzeitigen Zusammenschluss der beiden sichtbarsten oppositionellen demokratischen Kräfte (SPS, Jabloko) zu den Moskauer Stadtparlamentswahlen im Dezember 2005, scheint dieser Zustand erhalten zu bleiben. Allerdings zeichnet sich bereits heute im Vorfeld der Dumawahlen 2007 Bewegung in der Parteienlandschaft ab.

Währenddessen schmiedet der Kreml an einer „loyalen Opposition“, einer kremlnahen Wahlalternative zu der übermächtigen ER. Anfang September 2006 wurden in Moskau die bereits seit den letzten Wahlen bestehenden Projekte „Partei des Lebens“, die „Rentnerpartei“ und die Partei „Heimat“ zu einer eher „sozialdemokratischen“ Partei fusioniert. Die neue Partei soll, so hofft man in der Präsidentialadministration, Wählerstimmen der Kommunisten abfangen. Andererseits besteht durchaus die Möglichkeit, dass sie „in den eigenen Reihen wildern“ und Stimmen der ER wegnehmen wird.

¹ Sojuz pravych sil (SPS) – Union der rechten Kräfte

² Jedinaja Rossija – Einiges Russland

Nach dem Scheitern der „demokratischen“ Parteien Russlands in den Parlamentswahlen im Dezember 2003, bei denen die beiden größten demokratischen Parteien „Union der Rechten Kräfte“ und „Jabloko“ knapp die 5 %-Hürde verfehlt haben, befinden sie sich in einem Prozess der Besinnung, dessen Endergebnis auch heute noch nicht abzusehen ist: „Re-branding“ und Partnersuche sind hier die Schlüsselwörter.

Die Partnerpartei „**Union der Rechten Kräfte**“ (SPS) befindet sich nüchtern betrachtet seit den Wahlen 2003 in einer Erfolgs- und Identitätskrise. Die Co-Vorsitzenden der Partei haben die politische Verantwortung für die Wahlniederlage übernommen und sind zurückgetreten. Eine neue politische Führung konnte mit Mühe und Not erst im Jahre 2005 gewählt werden. Der Leiter des Föderalen Politischen Rats Nikita Belych gilt jetzt als Chef der SPS, besitzt aber allem Anschein nach bisher nicht die notwendigen Führungsqualitäten und Durchsetzungskraft, um die SPS für die Zuneigung einer breiteren Wählerschaft (sprich: Überwindung der 5 %-Hürde für Parlamentseinzug) vorzubereiten. Obwohl die SPS – 2001 gegründet – über einige gut organisierte regionale Parteiverbände verfügt, mangelt es ihr an Mitgliederzahlen und insbesondere am Nachwuchs. Dies liegt nicht zuletzt an dem zunehmenden Druck und Einschüchterungsversuchen, die alle oppositionellen Kräfte aus Politik und Gesellschaft von Seiten der Behörden ertragen müssen.

In der Regierungspartei „**Einiges Russland**“ (ER) – ebenfalls 2001 aus anderen Vorgängerprojekten gegründet – gibt es im zunehmenden Maße Kräfte, denen klar ist, dass Russland ohne weitere Demokratisierung und Orientierung an Europa keine gedeihliche Zukunft haben wird. Es sind Auseinandersetzungen entbrannt, die man durchaus als Richtungskampf bezeichnen kann. Hier will die KAS ansetzen, Befürworter einer christdemokrati-

schen, marktwirtschaftlichen Parteiausrichtung zu identifizieren und zu fördern.

Seit den Wahlen 2003 dominiert die Partei unter ihrem Vorsitzenden Boris Gryslow, der auch Vorsitzender der Staats-Duma ist, die parlamentarischen Strukturen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene des Landes. Auf Orts- und Gebietsebene gewinnen ihre Repräsentanten regelmäßig – wenn auch nicht immer so deutlich wie gewünscht oder vom Kreml vorgegeben – die Wahlen. Auch in den Regionen sind mittlerweile fast alle Entscheidungsträger und die, die es sein wollen, der Partei beigetreten. Gesetzesinitiativen und Erlässe aus der Präsidentialadministration werden somit routinemäßig durchgewunken bzw. unterstützt; im Gegenzug erarbeiten ER-Parlamentarier Initiativen, die oft auf einer Idee/Strategie des Präsidenten fußen.

ER strebt einen Beobachterstatus bei der EVP an; obwohl es Kontakte zu politischen Parteien der EU-Mitgliedsländer gibt (auch zur CDU), trägt sich die Partei bisher schwer, ein europapolitisches Profil zu entwickeln.

Die allgemeine Agenda der politischen Diskussionen in Russland ist gegenwärtig eine andere als in den meisten Staaten Mittel- und Osteuropas. Fragen der Europapolitik, unter anderem die der europäischen Verfassung, spielen dabei keine Rolle. Dies nicht zuletzt, weil weder eine Mitgliedschaft noch eine Assoziation mit der EU auf der Tagesordnung russischer Politik stehen.

10.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Die Außenstellen Moskau und Sankt Petersburg unterhalten gute Beziehungen zu den formellen und informellen Führungskräften der **Union der Rechten Kräfte** und zu den regionalen Organisationen der Partei. Die führenden Vertreter der Partei sind häufig Gäste der Stiftung bei unterschiedlichen Seminaren. Der gegen-

seitige Informationsfluss ist rege und ermöglicht die Beobachtung der Entwicklungen in der Partei.

Mitarbeiter der beiden Außenstellen haben engen Kontakt zu unterschiedlichen relevanten politischen Gruppen und sind regelmäßig als Beobachter zu internen Diskussionsveranstaltungen eingeladen (die unabhängige Abgeordneten-Gruppe von Ryschkow, die „neuen Rechten“ sowie unterschiedliche Diskussionsforen innerhalb der SPS). Noch zu Beginn des Jahres 2004 hat die Außenstelle Moskau mehreren Gruppen angeboten, eine Plattform für partei- und gruppenübergreifende politische Diskussionen zur Verfügung zu stellen.

Für die Jahre 2005 - 2007 entwickelten die Außenstellen ein Programm, das junge Regionalpolitiker aus unterschiedlichen demokratischen Gruppen parteiübergreifend in einem Projekt zur systematischen politischen Bildung mit dem Ziel zusammenführen lässt, die Entwicklung konservativer Nachwuchspolitiker sowie die Diskussion über die Konsolidierung demokratischer Kräfte zu fördern.

Erfolgreich entwickeln sich auch die Kooperationsbeziehungen mit der Regierungspartei **„Einiges Russland“**, die sich gegenwärtig als eine Mitte-Rechtspartei zu positionieren sucht. Mittlerweile existieren ständige Kontakte zum ER-Exekutivkomitee sowie zur politischen Stiftung der Partei **„Einigkeit im Namen Russlands“**. Trotz vielerlei ideologischer Unterschiede zeigen gemeinsame Maßnahmen wie z. B. die mit Vertretern der CDU durchgeführte Konferenz zu konservativen Werten und sozialen Reformen im Frühjahr 2006 und die geplante Reise von Mitgliedern des ER-Präsidiums auf Einladung der KAS im Herbst 2006 nach Berlin, dass die begonnene Zusammenarbeit vertrauensbildend wirkt. Weitere wichtige Themen in der Zusammenarbeit mit den politischen Partnerparteien sind faire Wahlen, Stärkung demokratischer

Institutionen, Entwicklung des Föderalismus und die Rolle der Jugend im Prozess des Aufbaus der demokratischen Gesellschaft.

Dr. Thomas Kunze

Leiter der Außenstelle Moskau und Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Russische Föderation

info@adenauer.ru

11. Serbien

11.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- DSS¹ (Assoziiertes Mitglied in der EVP)
- G17 plus (Assoziiertes Mitglied in der EVP)

Die **Demokratische Partei Serbiens** (DSS) mit dem serbischen Premierminister **Dr. Vojislav Koštunica** als Vorsitzenden ist die drittstärkste Kraft in Serbien.

Gegründet wurde die Partei 1992. Laut eigenen Angaben hat die Partei etwa 60.000 Mitglieder. Nach den Parlamentswahlen 2003 ist die DSS mit 18% im Parlament vertreten und besetzt damit 53 Sitze (von 250 Sitzen).

Die DSS ist in ihren Äußerungen eine pro-europäische Partei und befürwortet den EU-Beitritt Serbiens zum schnellstmöglichen Zeitpunkt. Dennoch gibt es innerhalb der DSS Kräfte, die im Falle einer EU-Mitgliedschaft den Verlust einer eigenständigen, serbischen Identität befürchten. Das heißt, die Bejahung der eigenen Kultur und Tradition ist ausgeprägt und es besteht Unsicherheit darüber, welche Auswirkungen eine EU-Mitgliedschaft darauf haben wird. Die programmatischen Aussagen zur Europäischen Union beschränken sich auf den Wunsch, EU-Mitglied zu werden. Sowohl zum Verfassungsprojekt als auch zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU gibt es keine schriftlich niedergelegten Aussagen, dennoch befürwortet die DSS grundsätzlich diese europäischen Projekte. Die DSS strebt eine engere Verbindung zur EVP an und ist derzeit assoziiertes Mitglied.

1 Demokraska stranka Srbije (**DSS**) – Demokratische Partei Serbiens

Einem Bündnis mit der NATO steht die Partei zurückhaltend gegenüber. Vor allem wegen der Bombardierung im Jahr 1999 und der Statusfrage des Kosovo zeigt sich die Partei reserviert gegenüber der amerikanischen Außenpolitik. Dennoch spricht man sich für einzelne Annäherungsschritte aus. Eine Beteiligung an dem NATO-Programm „Partnership for peace“ ist erwünscht. Nach ausreichenden Erfahrungen, so die Perspektive, ist eine Nato-Mitgliedschaft vorstellbar und könnte beantragt werden.

G17plus ist gemeinsam mit der DSS und der kleinen Partei SPO derzeit in der Regierungskoalition. Gegründet wurde die Partei 2002. Sie ist aus der gleichnamigen, schon seit 2001 existierenden G17plus-Expertengruppe hervorgegangen und erreichte bei den letzten Parlamentswahlen knapp 12 % der Stimmen. Damit ist die **G17plus mit 31 Abgeordnete** im Parlament vertreten. Aktuellen Umfragen zufolge liegt die G17plus bei 3,5 %, somit ist fraglich, ob die Partei nach den nächsten Parlamentswahlen im Parlament vertreten sein wird.

Bis zum 13. Mai 2006 war Miroljub Labus, ehemaliger Vizeministerpräsident, der Parteivorsitzender. Er ist nach eigenem Bekunden wegen ungenügender Zusammenarbeit der Regierung mit dem Haager Tribunal von allen Ämtern zurückgetreten. Erst nach einem halben Jahr wurde der Parteivorsitz durch Mladjan Dinkić, Finanzminister in der Regierung **Koštunica** wiederbesetzt. Dinkić Regierungsaktivitäten zielen auf wirtschaftliche Entwicklung Serbiens ab und forcieren die EU-Annäherung. Seine Politik unterstreicht die marktwirtschaftlich liberale Orientierung der G17plus.

Auch die G17plus strebt eine schnelle EU-Mitgliedschaft an und hat in der Vergangenheit rege Kontakte zur EVP unterhalten. Die Bereitschaft zur Integration ist ausgeprägt und es gibt keine Europa skeptischen Äußerungen.

Aussagen zur EU-Verfassung sind nicht bekannt.

11.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Durch Schulung von Kandidaten für die Parlamentswahlen, Beratungen und auch über das G17 (ESPI) Institut unterhielt die Außenstelle Belgrad intensive Kontakte zu der **G17plus**.

Bedauerlicherweise ist die Zusammenarbeit nach dem Rücktritt Miroljub Labus zurückgegangen. Durch fehlende funktionierende Parteistrukturen wird die Arbeit der KAS Belgrad mit der G17plus zusätzlich erschwert.

Dennoch werden weiterhin die Mitglieder der Partei und der Jugendorganisation zu Seminaren und Veranstaltungen eingeladen.

Die Kooperation mit der **Demokratischen Partei Serbiens** hat sich gut entwickelt. Die Projekte der KAS im Bereich der politischen Bildung werden zu einem großen Teil für die Mitglieder der DSS durchgeführt. Es besteht ein intensiver Dialog mit wichtigen Funktionsträgern der Partei. Neben aktuellen politischen Themen werden vor allem Fragen der Partei- und Parlamentsarbeit besprochen. Die KAS nimmt hier eine wichtige beratende Funktion ein. Die Parteimitglieder und Mitglieder der Jugendorganisation werden zu Seminaren und Schulungen in Serbien und Deutschland eingeladen.

Als herausragendes Beispiel für die Zusammenarbeit ist der durch die KAS vorbereitete Besuch des Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten **Koštunica** im Mai 2006 in Deutschland, zu nennen. Teil des Programms war ein Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Kosovo

Im Kosovo ist der Arbeitsansatz der KAS bisher parteienübergreifend. Allerdings gibt es intensive Bemühungen seitens der **LDK**, sich zu einem Partner für die EVP zu entwickeln. Für die LDK ist

die Zukunft in der EU klarer programmatischer Inhalt. Es ist hier ebenfalls nicht zu identifizieren, was die Hauptbeweggründe sind und ob die Motivation vor allem vom Wunsch nach tieferer Integration getragen ist.

Seit über einem Jahr ist die LDK ohne Vorsitzenden. Nach dem Tod des Präsidenten Rugova, prominentes Mitglied der Partei und bis zum Amtsverzicht deren Vorsitzender, lässt sich die LDK bewusst mit der Neubesetzung dieser Position Zeit.

Die KAS wird ihre Kontakte zur LDK ausbauen. Es fand bereits eine Reihe von Gesprächen mit Parteivertretern statt. Seit Juli 2006 werden für das Jugendforum der LDK seitens der KAS Trainings angeboten.

Montenegro

In Montenegro gibt es keine EVP-Parteien. Derzeit besteht wenig Aussicht für eine Aufnahme einer Partei als Beobachter, obwohl die Partei Narodna stranka (Volkspartei), die in Montenegro sehr klein und ohne Relevanz ist, sich bemüht, als Beobachter in die EVP aufgenommen zu werden.

Die KAS bietet in Montenegro ihre Projekte parteiübergreifend an. Diese finden derzeit sehr stark im Rechtsstaatsbereich und im Bereich der Europa- und Frauenpolitik statt. Mit einer Reihe von Abgeordneten finden regelmäßige Treffen und Beratungsgespräche statt. Es ist geplant, vor allem im Bereich der Parlamentsberatung und Zusammenarbeit mit Abgeordneten die Angebote zu verstärken. Ebenfalls sollen in Zukunft durch die KAS auch in Montenegro Trainings für politisch interessierte Jugendliche angeboten werden.

Die linksorientierten Regierungsparteien streben eine schnellmögliche EU-Mitgliedschaft an. Es ist keine Partei bekannt, die gezielt eine andere Position vertreten würde. In Montenegro, auch

in der Bevölkerung, besteht eine sehr starke pro-europäische Haltung.

Die Parteien Montenegros haben keine Position zur EU-Verfassung.

Claudia Nolte

Bundesministerin a. D.

Leiterin der Außenstelle Belgrad / Serbien und Montenegro
der Konrad-Adenauer-Stiftung

office@kas-bg.com

12. Slowakei

12.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- SDKU¹ (EVP-Mitglied)
- KDH² (EVP-Mitglied)
- SMK³ (EVP-Mitglied)

Die Partei **SDKU** rangiert derzeit bei etwa 18 % (Ergebnis bei den letzten nationalen Wahlen). Sie ist damit deutlich zweitstärkste Partei in der Slowakei, aber nach 8 Regierungsjahren in der Opposition. Die SDKU wurde 2000 gegründet. Vorsitzender ist der langjährige Ministerpräsident Mikulas Dzurinda. Stellvertreter sind u. a. der ehemalige Finanzminister Ivan Miklos und der ehemalige Außenminister Eduard Kukan.

Politisch sieht sich die Partei als christdemokratisch und pro-europäisch mit einer nur eingeschränkten Betonung patriotischer Elemente. Sie weist erhebliche liberale Tendenzen auf und gehört zu den wenigen wirklichen christlich-liberalen Parteien Mitteleuropas. Die Partei stimmt dem Entwurf zur EU-Verfassung zu.

Die Partei **KDH** liegt derzeit bei etwa 8 % (Ergebnis bei den letzten nationalen Wahlen). Sie ist mit diesem Ergebnis die schwächste im Parlament noch vertretene Partei. Bis zum Februar 2006 gehörte sie der konservativen Regierungskoalition unter Mikulas Dzurinda an.

1 Slovenska demokraticka a krestanska unia (**SDKU**) – Demokratische und christliche Union der Slowakei

2 Krest'anskodemokratické hnutie (**KDH**) – Christlich demokratische Bewegung

3 Strana Madarskej Koalicie (**SMK**) – Partei der ungarischen Koalition

Die KDH wurde 1990 gegründet. Vorsitzender ist der ehemalige Parlamentspräsident Pavol Hrusovsky.

Die KDH ist eine wertkonservative Partei mit leicht fundamentalistisch christlichen Tendenzen, in jüngster Zeit auch mit patriotischer Färbung. Dem EU-Verfassungsentwurf steht die Partei kritisch gegenüber und enthielt sich bei der Abstimmung im Parlament.

Die Partei der ungarischen Minderheit **SMK** rangiert derzeit bei etwa 11 % Stimmenanteil mit kaum Spielraum nach oben oder nach unten (praktisch die komplette ungarische Minderheit wählt die Partei). Sie ist viertstärkste Partei im slowakischen Parlament. Bis zum Februar 2006 gehörte sie der konservativen Regierungskoalition unter Mikulas Dzurinda an. Sie wurde 1998 gegründet. Vorsitzender ist Bela Bugar.

Die SMK ist eine christdemokratische Partei mit starker Betonung der Minderheitenrechte und tritt teilweise für einen Autonomiestatus der Südslowakei ein. Insgesamt ist die Partei sehr europafreundlich, allerdings mit nur wenigen liberalen Tendenzen. Dem Verfassungsentwurf stimmt die SMK vorbehaltlos zu.

12.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Die Stiftung kooperiert mit allen drei Parteien über die parteinahen Think Tanks: Stiftung Demokratie (SDKU), Anton-Tunega-Stiftung (KDH), Laszlo-Mecs-Stiftung (SMK). Alle Think Tanks sind regelmäßige Partner des Auslandsbüros in Prag.

Ferner werden Treffen von hochrangigen Parteivertretern und Parlamentariern in Berlin, Brüssel und im Gastland organisiert. Des Weiteren wurden Publikationen der Partnerorganisationen unterstützt. Daneben werden regelmäßig Seminarreihen gemeinsam mit den Nachwuchsorganisationen der Parteien durchgeführt. Wichtige Themen in der Zusammenarbeit sind hierbei der Aufbau

von Parteistrukturen, die Professionalisierung der Parteifunktionäre, Europa und die Europäische Verfassung sowie die Reform der sozialen Sicherungssysteme, Wirtschaftspolitik und die Steuerpolitik. Problemfelder in der Zusammenarbeit gibt es kaum, einzig mit der KDH gibt es einen Dissens beim Thema EU-Verfassungsvertrag.

Die Vernetzung mit dem Europabüro in Brüssel sowie mit den übrigen Auslandsbüros in der Region ist gut. Ziel ist auch die bilaterale Zusammenführung der slowakischen und der tschechischen Politiker der EVP-Mitgliedsparteien.

Dr. Stefan Gehrold
Leiter der Außenstelle Prag der Konrad-Adenauer-Stiftung
kasslovak@nexta.sk

13. Slowenien

13.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- NSi¹ (EVP-Mitglied)
- SDS² (EVP-Mitglied)
- SLS³ (EVP-Mitglied)

Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2004 führt die Slowenische Demokratische Partei (**SDS**) in einem Bündnis mit anderen bürgerlichen Parteien die Regierung und hat damit die seit 1990 regierenden Liberalen Demokraten (Postkommunisten) abgelöst. Die SDS, seit 1993 unter dem Vorsitz des jetzigen Ministerpräsidenten Janez Janša, konnte damals ihr Ergebnis gegenüber den Parlamentswahlen 2000 fast verdoppeln und wurde mit 29,1 % der Wählerstimmen (das entspricht 29 von 90 Parlamentssitzen) deutlich die stärkste Partei. Die Liberalen Demokraten mit ihrem Ministerpräsidenten Anton Rop wurden mit 22,7 % der Stimmen (23 Sitze) zweitstärkste Partei.

Die Ergebnisse für die beiden anderen EVP-Mitgliedsparteien Neues Slowenien (NSi) und Slowenische Volkspartei (SLS) lagen bei 8,9 % (9 Sitze) bzw. 6,8 % (7 Sitze). Das bürgerliche Lager verfügt damit zusammen über 45 Sitze im derzeitigen slowenischen Parlament, welches insgesamt 90 Abgeordnetensitze hat. Die drei EVP-Mitgliedsparteien bilden zusammen mit der Rentnerpartei DeSUS eine Koalitionsregierung.

-
- 1 Nova Slovenija – Krščanska ljudska stranka (**NSi**) – Neues Slowenien – Christliche Volkspartei
 - 2 Slovenska demokratska stranka (**SDS**) – Slowenische demokratische Partei
 - 3 Slovenska ljudska stranka (**SLS**) – Slowenische Volkspartei

Die nun stärkste politische Kraft in Slowenien, die SDS, ist 1989 gegründet worden und hieß bis vor einigen Jahren trotz ihrer konservativen Ausrichtung Sozialdemokratische Partei Sloweniens. In ihrer Programmatik ist sie auch etwas weniger christlich-demokratisch profiliert als die NSi. Die Partei hat etwa 20.000 Mitglieder.

Die NSi wurde 2000 als Nachfolgepartei der SKD (Slowenische Christdemokraten) gegründet und hat heute noch knapp 2.000 Mitglieder. Ihr Vorsitzender ist der ehemalige (Kurzzeit-) Ministerpräsident Dr. Andrej Bajuk. Bei den Europawahlen 2004 war die NSi mit 23,4 % stärkste Partei geworden und konnte zwei Abgeordnete nach Brüssel schicken. Der persönliche Erfolg des Spitzenkandidaten Alois Peterle und eine Wahlbeteiligung von nur 28,34 % relativierten allerdings das Ergebnis in seiner Bedeutung. Programmatisch steht die NSi von allen slowenischen Partnerparteien der CDU am nächsten.

Die SLS wurde 1988 gegründet, 1990 in eine Partei umgebildet und trägt seit 1992 den jetzigen Namen. Sie bildete ehemals eine Einheit mit der NSi und im Verhältnis dieser beiden Parteien zueinander liegen offenbar die größten Probleme innerhalb des bürgerlichen Lagers. 2000 erreichte die SLS mit 9,6 % 9 Parlamentssitze und ging mit den postkommunistischen Liberaldemokraten (LDS) eine Regierungskoalition ein, aus der sie erst im März 2004 ausschied. Ihr Abschneiden bei der Europawahl war mit 8,44% (keine Sitze) erheblich unter den Erwartungen geblieben. Die Zusammenarbeit mit der SLS gestaltet sich als problematisch, weil sie sich weder personell noch inhaltlich profiliert und seit den letzten Parlamentswahlen nicht müde geworden ist, die offenen Grenzstreitigkeiten zwischen Kroatien und Slowenien mit Stimmungsmache gegen Kroatien für sich zu mobilisieren.

Abgesehen von einem sechs Monate währenden, erfolglosen politischen Intermezzo der bürgerlichen Parteien im Jahre 2000 hat

die politische Linke (gemäßigte postkommunistische LDS und post-kommunistische ZLSD) Slowenien über einen Zeitraum von zwölf Jahren regiert. Kaum ein Beobachter hatte bis zu den Parlamentswahlen 2004 an die reale Möglichkeit eines politischen Wechsels in Slowenien geglaubt. Für die politische Kultur des Landes hatte sich damit eine offenbar von vielen Bürgern gewünschte Zäsur ergeben.

Im Jahre 2006 ist die Zustimmung für die Regierung und das Parteienbündnis der bürgerlichen Mitte gesunken. Während die SDS laut neuesten Umfragewerten auf rund 20 % kommt, sind die beiden kleinen Koalitionsparteien mittlerweile bei 3 % bzw. 2 % Zustimmung angelangt.

Dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents stimmen alle Partnerparteien in Slowenien vorbehaltlos zu. Am 1. Februar 2005 wurde die Verfassung vom slowenischen Parlament ratifiziert.

13.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Die Zusammenarbeit mit den slowenischen Partnerparteien NSi, SDS und SLS kann derzeit nur auf niedrigem Niveau stattfinden. Die Zusammenarbeit mit der SLS liegt auf Grund ihrer Haltung zu dem Grenzkonflikt mit Kroatien auf Eis. Die KAS Zagreb versucht, Netzwerkarbeit in Slowenien zu betreiben, den Partnern beratend zur Seite zu stehen und sie, wo immer möglich, in Projekte der KAS mit einzubeziehen, sei es in Projekte in Kroatien oder aber in Projekte, die von der KAS-Zentrale oder von Partnern der KAS initiiert werden (z. B. Politische Akademie der ÖVP).

Dr. Christian Schmitz
Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung
in Kroatien
elma.kas@inet.hr

14. Tschechische Republik

14.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- ODS¹
- KDU-CSL² (EVP-Mitglied)
- ED³

Die Partei **ODS** rangiert derzeit bei etwa 35 % (Ergebnis bei den letzten nationalen Wahlen: 35,30 %) und hofft darauf, diese Werte bei den kommenden Wahlen (Senatswahlen im Herbst 2006) zu bestätigen. Mit dem o. g. Ergebnis ist die ODS stärkste tschechische Partei nach den Parlamentswahlen im Jahre 2006. Gemeinsam mit den Christdemokraten (KDU-CSL) und den Grünen (SZ) bildete sie eine Koalition, der allerdings genau ein Mandat zur absoluten Mehrheit im Parlament fehlt. Die Partei ist noch Mitglied der EVP-EP-Fraktion. Es gibt allerdings Äußerungen, die darauf rückschließen lassen, dass die ODS-Abgeordneten die Fraktion nach den nächsten Europawahlen verlassen könnten. Die Aufnahme in die EVP wurde beantragt, die Antragsbearbeitung ist allerdings in beiderseitigem Einvernehmen auf unbestimmte Zeit zurückgestellt. Die ODS ist prinzipiell pro-europäisch, wehrt sich jedoch gegen föderalistische Tendenzen.

Die ODS wurde 1991 gegründet. Derzeitiger Vorsitzender ist Mirek Topolanek. In der Regierungsbildung nach den Parlaments-

1 Občanská demokratická strana (**ODS**) – Demokratische Bürgerpartei

2 Křesťanská a demokratická unie ČS strana lidová (**KDU-CSL**) – Christliche und Demokratische Union tschechoslowakischer Volksparteien

3 SNK Evropští demokraté (**SNK ED**) – Europäische Demokraten

wahlen könnte er Ministerpräsident des Landes werden. Erster Stellvertreter ist Petr Necas.

Die ODS ist eine konservativ-liberale Partei, die insbesondere national-konservative und wirtschaftsliberale Kreise in der Tschechischen Republik anspricht. Grundsätzlich besteht eine programmatische Nähe zur CDU/CSU unter Ausschluss des christlich-sozialen Elements. Die Haltung zum EU-Verfassungsvertrag kann als moderat ablehnend bezeichnet werden.

Die **KDU-CSL** liegt derzeit bei etwa 7 % (Ergebnis bei den letzten nationalen Wahlen: 7,6 %). Sie stellt damit die viert stärkste Fraktion im Parlament.

Die Partei wurde 1918 gegründet und „überlebte“ während des tschechoslowakischen Totalitarismus als Blockpartei. Derzeit leitet Jan Kasal die Geschäfte der KDU-CSL.

In ihren politischen Grundpositionen ist die KDU-CSL christlich, wertkonservativ. Sie ist Mitglied der EVP und sehr pro-europäisch. Die Haltung zum EU-Verfassungsvertrag ist moderat zustimmend, jedoch fordert die Partei den Gottesbezug in der Präambel.

Bei den letzten Wahlen erhielt die **ED-SNK** 2,6 % der Stimmen. Bei den Europawahlen lag sie noch bei etwa 11 % der Stimmen und wurde drittstärkste Partei. Die Partei wurde erst kurz vor der Europawahl gegründet und verdankt ihren Erfolg bei den Wahlen ihrer Wahlliste mit anerkannten unabhängigen Politikern. Eine Schwäche der Partei ist die fehlende Verwurzelung in der Bevölkerung. Zwar hat die Partei noch drei Parlamentarier im Europaparlament, jedoch ist nicht davon auszugehen, dass sie sich dauerhaft halten wird. Politisch steht die Partei für liberale und pro-europäische Positionen. Ihre Haltung zum EU-Verfassungsvertrag ist zustimmend.

14.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Aufgrund der unklaren Situation bei der **ED-SNK** besteht mit dieser Partei derzeit keine institutionalisierte Zusammenarbeit. Dennoch bestehen Kontakte zu den Führungspersonlichkeiten.

Mit der **KDU-CSL** und der **ODS** existiert eine institutionalisierte Zusammenarbeit über die parteinahen Think Tanks „Europäische Akademie für Demokratie“ (EAD) und CEVRO (ODS). Beide Think Tanks sind regelmäßige Partner des Auslandsbüros in Prag. Ferner werden Treffen von hochrangigen Parteivertretern und Parlamentariern in Berlin, Brüssel und im Gastland organisiert. Darüber hinaus wurde ein konservativer Parlamentarierdialog „Reichenberger Gespräche“ initiiert. Angesprochen werden dabei Abgeordnete der Nationalen Parlamente und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Federführend bei den „Reichenberger Gespräche“ ist der Abgeordnete Michael Kretschmer aus Zittau. Unterstützt werden ebenso Publikationen der Partnerorganisationen. Für die Europawahlen ist das Wahlprogramm der EVP ins Tschechische übersetzt worden. Für die nationalen Wahlen wurde das Wahlprogramm der CDU übersetzt. Ferner existieren Seminarreihen, die gemeinsam mit den Nachwuchsorganisationen beider Parteien gestaltet werden. Themen dieser Veranstaltungen sind u. a. die bilateralen Beziehungen, der Aufbau von Parteistrukturen, die Professionalisierung der Parteifunktionäre, Europa und die Europäische Verfassung sowie die Reform der sozialen Sicherungssysteme und die Wirtschaftspolitik.

Wie in der Slowakei ist die Vernetzung mit dem Europabüro in Brüssel und den übrigen Auslandsbüros in der Region auch in der Tschechischen Republik gut gelungen.

Ein wichtiges Instrument des politischen Dialoges sind Programme mit europäischen Politikern, die die KAS in Prag durchführt.

Ferner wird über die Situation in den Gastländern regelmäßig Bericht erstattet.

Dr. Stefan Gehrold
Leiter der Außenstelle Prag der Konrad-Adenauer-Stiftung
kasprag@kasprag.cz

15. Ukraine

15.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- Volksunion Nascha Ukraina (VUNU)
(Beobachterstatus in der EVP)
- Ruch (Beobachterstatus in der EVP)
- Christlich-Demokratische Union (CDU)

Wichtigster politischer Partner der KAS in der Ukraine bleibt nach wie vor der im Laufe der vergangenen fünf Jahre häufig umstrukturierte Pro-Juschtschenko-Block **Nascha Ukraina** („Unsere Ukraine“). Nascha Ukraina wurde im Juli 2001 mit dem Ziel der Konsolidierung der demokratischen Reformkräfte mit Blick auf die Parlamentswahl 2002 und die Präsidentschaftswahl 2004 gegründet. Zur Parlamentswahl am 26. März 2006, die eine reine Verhältniswahl war, trat Nascha Ukraina als Zusammenschluss von sechs Parteien an und erhielt 14,0 % der Stimmen. Damit kam das pro-westliche Wahlbündnis auf den dritten Platz nach der Partei der Regionen (32,1 %) und dem Block Julia Timoschenko (22,3 %). Von den heute 80 Abgeordneten der Fraktion Nascha Ukraina im ukrainischen Parlament (Gesamtzahl der Sitze: 450) entfallen 41 auf die Partei Volksunion Nascha Ukraina, 11 auf die Partei Ruch, 3 auf die Christlich-Demokratische Union, 10 auf den Verband der Industriellen und Unternehmer, 3 auf den Kongress Ukrainischer Nationalisten und 3 auf die Partei Sobor; 9 Abgeordnete sind parteilos.

Die **Volksunion Nascha Ukraina (VUNU)** ist nach gescheiterten Verhandlungen über die Bildung einer einheitlichen rechtszentristischen Volkspartei im März 2005 als weitere neue Mitte-Rechts-Partei gegründet worden. Viktor Juschtschenko ist es nicht gelungen, die Vorsitzenden von **Ruch, Ukrainischer Volkspar-**

tei, Reformen und Ordnung und **Christlich-Demokratischer Union**, vor und während der „oranenen Revolution“, zur Auflösung ihrer Parteien und zur Integration ihrer Mitglieder in die VUNU zu bewegen. Ehrenvorsitzender der VUNU ist Präsident Viktor Juschtschenko, Vorsitzender des Parteirates: Roman Bessmertny, Geschäftsführer: Mykola Kateryntschuk. Nach eigenen Angaben hat die VUNU landesweit 155.000 Mitglieder. Die Zukunft von Nascha Ukraina ist nach dem ukrainischen Regierungswechsel am 4. August 2006 und der Rückkehr Viktor Janukowytschs in das Amt des ukrainischen Premierministers selbst für Insider schwer einzuschätzen.

Ruch wurde im Januar 1993 als Partei gegründet und formierte sich 1989 in Kiew als Massenorganisation, deren Hauptziel die Errichtung eines unabhängigen und demokratischen ukrainischen Staates war. Einst eine der mächtigsten und einflussreichsten Parteien der Ukraine, ist Ruch heute nur noch eine kleine Gruppierung, die ohne die Mitgliedschaft im Block Nascha Ukraina die 3 %-Hürde für den Parlamentseinzug nicht gemeistert hätte. Vorsitzender der Partei ist Borys Tarasjuk, seit 2005 wieder Außenminister der Ukraine (zuvor 1998 - 2000 unter Premierminister Juschtschenko) und einer der hartnäckigsten Befürworter eines ukrainischen EU- und NATO-Beitritts. Nach eigenen und kaum verifizierbaren Angaben hat die Partei rund 40.000 Mitglieder.

Die Christliche Volksunion, gegründet im Februar 1997, hat sich im April 2003 den Namen **Christlich-Demokratische Union** gegeben. Die Partei war im Juli 2001 eines der Gründungsmitglieder des Wahlblocks Nascha Ukraina. Vorsitzender der CDU ist Wolodymyr Stretowytsch. Nach eigenen Angaben hat die Partei 10.000 Mitglieder. Obgleich die CDU fast die einzige Partei ist, die die christdemokratische Bewegung in der ukrainischen Parteienlandschaft vertritt, ist sie im nationalen Maßstab eher unauffällig. Wolodymyr Stretowytsch trägt sich schon seit Jahren mit dem

Gedanken, eine Allianz christdemokratischer Parteien aufzubauen, hat aber bislang noch keine ernsthaften Schritte in diese Richtung unternommen.

Alle drei genannten Parteien bekennen sich zu Marktwirtschaft und Demokratie sowie zum Aufbau einer Zivilgesellschaft und zur Integration in die euro-atlantischen Strukturen. Zur EU-Verfassung gibt es keine offizielle Position, da für die Ukraine als Nicht-EU-Mitglied dieses Thema zurzeit kaum relevant ist. Die Parteien VUNU und Ruch verfügen seit 2005 über einen Beobachterstatus in der EVP.

15.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Bereits seit 1994 arbeitet die Außenstelle Kiew mit den drei Parteien der Mitte gleichermaßen intensiv zusammen und versucht, das breite Spektrum dieser Parteien zu programmatischer Zusammenarbeit zu führen. Damit soll die Bildung einer starken Volkspartei europäischen Typs unterstützt werden. Zu den ehemaligen Partnerparteien **Reformen und Ordnung** und **Ukrainische Volkspartei** hält die KAS weiterhin Kontakt. In der Hoffnung, die kleinen Gruppierungen im Block Nascha Ukraina doch noch zum Anschluss an die Kernpartei VUNU zu bewegen, hat sich die KAS im Vorfeld der Parlamentswahlen 2006 vor allem auf eine Unterstützung der VUNU konzentriert. Veranstaltungsschwerpunkte waren u. a. ein effektives Partei- und Wahlkampfmanagement, die Schärfung der Wirtschafts- und Sozialprogrammatik der VUNU und die Schulung von jungen Politikern und Kommunalabgeordneten des Blockes Nascha Ukraina.

Herausragende Veranstaltungen auf dem Gebiet der Parteienarbeit waren die Studien- und Informationsprogramme „Parteien im Gespräch mit dem Bürger: neue Formen der Politikvermittlung“ für Pressesprecher ukrainischer Parteien der Mitte und „Modernes Parteimanagement“ für führende Mitglieder der VUNU 2005 in

Berlin sowie der Workshop „Erarbeitung des Grundsatzprogramms einer politischen Partei“ für VUNU-Programmentwickler im Januar 2006 in Kiew.

Die KAS Kiew hat in Zusammenarbeit mit der Jungen Union Deutschlands maßgeblich zur Bildung der „Jungen Union Nascha Ukraina“ beigetragen (gegründet im Oktober 2005). Ende August 2006 fand in Berlin das Studien- und Informationsprogramm „Jugend und politisches Engagement: Gesellschaftliche Aufgaben und Struktur einer politischen Jugendorganisation als Bindeglied zwischen Partei und politisch interessierter Jugend“ für zehn führende Mitglieder der JU Nascha Ukraina statt.

Angesichts der Entwicklung im Lande wird die KAS Kiew auch Verbindungen zum **Block Julia Timoschenko (BJUT)** halten – insbesondere über die Jugendorganisation der Partei Batkiwschtschyna („Vaterland“) und über ausgewählte Parlamentarier Experten im Bereich Außen- und Innenpolitik.

Ralf Wachsmuth

Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung

konrad@adenauer.kiev.ua

16. Ungarn

16.1. Partnerpartei(en) / Positionen zur EVP und EU-Verfassung

- FIDESZ¹ (Mitglied der EVP)
- MDF² (Mitglied der EVP)
- KDNP³

Die Partei **FIDESZ** wurde 1988 gegründet. Vorsitzender der Partei ist Viktor Orbán, der von 1998 bis 2002 ungarischer Ministerpräsident war. Bei den Wahlen 2002 und 2006 scheiterte Orbán bei dem Versuch, als Ministerpräsident bestätigt zu werden bzw. das Amt des ungarischen Regierungschefs wieder zu erlangen. Orbán ist gleichwohl in seiner Funktion als Zugpferd und Vorsitzender von FIDESZ unumstritten. Durchaus hilfreich ist für ihn die sichtbare Einbindung in die Führungsspitze der EVP.

Das **Ungarische Demokratische Forum (MDF)** wurde 1987 gegründet. Den Vorsitz der MDF übernimmt derzeit Ibolya Dávid, frühere Justizministerin im Kabinett Orbán. Ihr persönliches Verhältnis zu Viktor Orbán war auch zu Zeiten der Zusammenarbeit im Kabinett nie spannungsfrei. MDF war in den Zeiten des engeren Miteinanders stets der eindeutig kleine Partner. Dies ist im Zusammenhang mit der These des FIDESZ-Vorsitzenden zu sehen, dass es in Ungarn eine eindeutige Tendenz hin zu zwei großen Parteien gäbe, die (noch bestehenden) kleinen Partner von FIDESZ im bürgerlichen Lager hätten sich also eindeutig unter-

1 Fidesz - Magyar Polgari Szövetseg – Bund der jungen Demokraten

2 Magyar Demokrata Forum (**MDF**) – Ungarisches Demokratisches Forum

3 Kereszténydemokrata Néppárt (**KDNP**) – Volkspartei der Christdemokraten

zuordnen. Die durchaus richtige These von den zwei großen Parteien, die sich in Ungarn gegenüberstehen, berücksichtigt nicht, dass es bislang keiner Partei gelungen ist, die regierungsfähige Mehrheit allein zu erreichen und dies auch künftig nicht absehbar ist.

Vorsitzender der neu gegründeten **Christdemokraten (KDNP)**, die mit einer stattlichen Anzahl (23) von Abgeordneten im Parlament (insgesamt 368) vertreten sind, ist Zsolt Semjén. Die KDNP ist die älteste der drei Partnerparteien und wurde 1943 gegründet. Sie war zwischenzeitlich (von 1998 bis 2006) allerdings zur zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit zurückgefallen, hat aber neuen Auftrieb bekommen. Es fällt schwer, die tatsächliche Gewichtung zu beziffern. Die Partei, die über einen durchaus charismatischen Vorsitzenden verfügt, macht sich berechnete Hoffnungen, erneut Mitglied der EVP zu werden. Sie betont stark die christlichen Werte und kritisiert den fehlenden Gottesbezug in der Präambel des EU-Verfassungsvertrages.

Die oben bereits angerissenen Spannungen im bürgerlichen Lager, insbesondere zwischen FIDESZ und MDF haben sich nach den sehr deutlich verlorenen Parlamentswahlen im Frühjahr 2006 noch verschärft. Sichtbar wurde dies auch im Nein von FIDESZ, der Vorsitzenden von MDF, Ibolya Dávid, bei ihrer angestrebten Wiederwahl als Vizepräsidentin des Parlaments die Mehrheit zu sichern. Die MDF-Vorsitzende unterlag.

Der EU-Verfassungsvertrag wurde mit den Stimmen von FIDESZ und MDF ratifiziert.

16.2. Zusammenarbeit mit der KAS

Die Zusammenarbeit verläuft mit den einzelnen Parteien ohne Probleme. Gespräche mit der Führungsebene der Parteien finden regelmäßig statt. Nicht ohne Auswirkungen ist das angespannte

Verhältnis von **FIDESZ** und **MDF**. Insbesondere bei FIDESZ wurde in der Vergangenheit der gute Kontakt der KAS auch zum MDF durchaus kritisch betrachtet.

Die **Christlichen Demokraten** legen gesteigerten Wert darauf, die bestehende Zusammenarbeit mit der KAS – zum Beispiel mit Seminaren, Konferenzen und Vortragsveranstaltungen – zu intensivieren. Sie verweisen sowohl auf ihre Programmatik als auch auf ihre respektable Präsenz im Parlament. Sollten die Ergebnisse der Kommunalwahlen den letzten Trend der Erstarkung nicht deutlich relativieren und sollte außerdem die Mitgliedschaft in der EVP „amtlich“ werden, wird dies auch sinnvoll und notwendig sein. Dies betrifft auch das Vorhaben der Christlichen Demokraten, vergleichbar FIDESZ und MDF eine Stiftung zu etablieren.

Als sehr fruchtbar hat sich die Unterstützung der parteinahen Stiftungen **Stiftung für ein bürgerliches Ungarn** und der **Antall-József-Stiftung** erwiesen. Beide Stiftungen sind Partnerorganisationen der KAS. Es findet intensive Beratung einerseits und zugleich auch thematische Arbeit zu allen politik- und gesellschaftsrelevanten Themen statt. Diese sollen insbesondere politisch interessierte Jugendliche ansprechen und sie an die demokratischen Parteien heranzuführen. Innerhalb der Seminare werden Nachwuchspolitiker für ihre Arbeit qualifizieren. Es ist weiterhin notwendig, die Arbeit der Parteien in Ungarn konstruktiv zu begleiten.

Die Auffassung, dass die Parteien gefestigt und der demokratische Prozess keiner besonderen Unterstützung mehr bedürfe, steht nicht in Übereinstimmung mit der Wirklichkeit.

Hans-J. Kaiser
Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung
in Ungarn

adenauer@adenauer.hu

Anhang

Links zu den Parteien in

Bosnien Herzegowina

- Stranka Demokratske Akcije (SDA) – Partei der Demokratischen Aktion
www.sda.ba
- Partija demokratskog progresa (PDP) – Partei des Demokratischen Fortschritts
www.pdp-rs.org
- Hrvatska Demokratska Zajednica Bosne i Hercegovine (HDZ BiH und HDZ) – Kroatische Demokratische Gemeinschaft Bosnien Herzegowina
www.hdzbih.org

Bulgarien

- Sojuz na demokratitschnite sili (SDS) – Union der Demokratischen Kräfte
www.sds.bg
- Demokrati za silna Balgarija (DSB) – Demokraten für ein starkes Bulgarien
www.dsb.bg

Estland

- Union der Isamaa
www.isamaaliit.ee
- Res Publica
www.respublica.ee

Kroatien

- Hrvatska demokratska zajednica (HDZ) – Kroatische demokratische Union
www.hdz.hr

- Demokratski centar (DC) – Demokratisches Zentrum
www.dc.org.yu
- Hrvatska seljačka stranka (HSS) – Kroatische Bauernpartei
www.hss.hr

Lettland

- Tautas partija – Volkspartei
www.tautaspartija.lv
- Jaunais laiks – Neue Zeit
www.jaunaislaiks.lv

Litauen

- Tevynės Sąjunga – Vaterlandsunion
www.tsajunga.lt
- Lietuvos Krikščionys Demokratai – Litauische Christdemokraten
www.Lkdp.lt

Mazedonien

- Vnateschna Makedonska Revolucionerna Organizacia Demokratska Partija sa Nacionalna edinstvo na Makedonija VMRO-DPMNE
Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die Mazedonische Nationale Einheit
www.vmro-dpmne.org.mk
- Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Volkspartei (VMRO-NP)
www.vmro-np.org.mk

Polen

- Platforma Obywatelska (PO) – Bürgerplattform
www.platforma.org

- Prawo i Sprawiedliwość (PiS) – Recht und Gerechtigkeit
www.pis.org.pl
- Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL) – Polnische Volkspartei
www.psl.org.pl

Rumänien

- Partidul Democrat (PD) – Demokratische Partei
www.pd.ro
- Partidul Popular Crestin Democrat (PPCD) – Christdemokratische Volkspartei
www.pntcd.ro
- Uniunea Democrata a Maghiara din Romania (UDMR) – Demokratische Union der Magyaren in Rumänien
www.udmr.ro

Russische Föderation

- Jedinaja Rossija (ER) – Einiges Russland
www.edinros.ru
- Sojuz pravych sil (SPS) – Union der rechten Kräfte
www.sps.ru

Serbien und Montenegro

- Demokratska stranka Srbije (DSS) – Demokratische Partei Serbiens
www.dss.org.yu
- G17 plus
www.g17plus.org.yu

Kosovo

- Lidhja Demokratike e Kosoves (LDK) – Demokratische Liga des Kosovos
www.ldk-kosova.org

Slowakei

- Slovenska demokraticka a krestanska unia (SDKU) – Demokratische und christliche Union der Slowakei
www.sdkuonline.sk
- Kresťanskodemokratické hnutie (KDH) – Christlich demokratische Bewegung
www.kdh.sk
- Strana Madarskej Koalicie (SMK) – Partei der ungarischen Koalition
www.mkp.sk

Slowenien

- Nova Slovenija – Krščanska ljudska stranka (NSi) – Neues Slowenien Christliche Volkspartei
www.nsi.si
- Slovenska demokratska stranka (SDS) – Slowenische demokratische Partei
www.sds.si
- Slovenska ljudska stranka (SLS) – Slowenische Volkspartei
www.sls.si

Tschechische Republik

- Občanská demokratická strana (ODS) – Demokratische Bürgerpartei
www.ods.cz
- Křestanská a demokratická unie ČS strana lidová (KDU-ČSL) – Christliche und Demokratische Union tschechoslowakischer Volksparteien
www.kdu.cz
- SNK Evropští demokraté (SNK ED) – Europäische Demokraten
www.snked.cz

Ukraine

- Volksunion Nascha Ukraina (VUNU)
www.razom.org
- Nationalbewegung Ruch
www.nru.org.ua
- Christlich-Demokratische Union (CDU)
www.hds.org.ua

Ungarn

- Fidesz – Magyar Polgari Szövetség (FIDESZ) – Bund der jungen Demokraten
www.fidesz.hu
- Magyar Demokrata Forum (MDF) – Ungarisches Demokratisches Forum
www.mdf.hu
- Kereszténydemokrata Néppárt (KDNP) – Volkspartei der Christdemokraten
www.kdnp.hu

Auf den Internetseiten der Außenstellen *www.kas.de/Ländername* befinden sich aktuelle Berichte zur politischen Situation und der Arbeit der KAS vor Ort.

Liste zum Stand der Mitgliedschaft der EVP: www.epp-eu.org

Weiterführende Literatur

Beichelt, Tim: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen. Opladen, 2001

Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, 2006

Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen, 2004

Müller-Rommel, Ferdinand: Parteienwettbewerb im mittelosteuropäischen Demokratien: Zum Zusammenhang von Strukturen der Regierungsbildung und Stabilität von Parteiensystemen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Bd. 36, Heft 3, 2005

Herausgeber und Bearbeiter

Dr. Peter Fischer-Bollin ist Teamleiter „Europa, Nordamerika“ im Bereich Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

E-Mail: peter.fischer-bollin@kas.de

Lisa Eichhorn studierte Osteuropastudien an der Freien Universität Berlin sowie Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin.